

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERK

work

Alle an die grosse
Bau-Demo!
Am 11. 11. in Zürich

Iran: Frauen, Jugend und Búezer gegen die Mullahs. Seiten 10–11

Brasilien:

Gewerkschafter
vertreibt den
Faschisten
Bolsonaro
aus dem
Amt.



Lula ist wieder da!

**Reportage und Analyse aus Brasilien
und Jean Zieglers Prophezeiung.** Seite 9



Bauleute lassen nicht locker

Alles zu den Aktionen
in der Nordwest-
schweiz und bockigen
Meistern. Seiten 4–5

Arbeiten für saubere Energie

Die Energiewende
läuft bereits. Eine
neue **work-Serie** über
Menschen, die schon
jetzt saubere Sachen
machen. Seite 18

Corona: Das gilt jetzt im Job

Das Virus bleibt
unberechenbar. So
können Sie sich jetzt
schützen, und das
gilt bei der Arbeit. Der
Ratgeber. Seiten 14–15



DAS PHÄNOMEN LULA

2022 ist das Jahr des fast endlosen Sommers. 1816 war das Jahr ohne Sommer. Heuer sind die Rekordtemperaturen menschengemacht. 1816 war die Staub- und Aschewolke nach dem Ausbruch des Vulkans Tambora in Indonesien verantwortlich. Die Folge: Ernteeinbussen, Teuerung, Hungersnöte. Auch in der Schweiz. Deshalb machten sich in der Folge rund 2000 Schweizer Wirtschaftsflüchtlinge auf den beschwerlichen Weg nach Brasilien. Dort gründeten sie 1819 die Stadt Nova Friburgo, in den sanften, an die Voralpen erinnernden Hügeln nordöstlich von Rio de Janeiro.

SCHLOSSER. Anfang 2003 besuchte ich diese Stadt mit ihren Gruyère-Schaukäsereien und Chalets und lebte bei einer Familie in ihrem stattlichen Haus am Stadtrand. Kurz zuvor hatte in Brasilien eine neue Ära begonnen:

Lula als Präsident ist ein kleines Wunder.

meine gutbetuchten Gastgeber freuten sich nicht. Sie hatten Lula nicht gewählt. Die Begründung hinter vorgehaltener Hand: Er könne ja gar nicht lesen und schreiben. Wie bitte? Aber klar, der gelernte Schlosser war und ist kein Präsident der Reichen. Es ist ein kleines Wunder, dass er wurde, was er seit dem 30. Oktober zum dritten Mal ist: Präsident des grössten Landes Lateinamerikas. Lula wird 1945 in der Armutsregion Pernambuco geboren. Wenn die Ernten wegen Dürre ausfallen, herrscht der Hunger. Deshalb zieht die Familie nach São Paulo. Lula putzt dort zunächst Schuhe. Später arbeitet er als Dreher in einer Volkswagenfabrik. Dort schliesst er sich den damals noch verbotenen Gewerkschaften an, später wird er Präsident der Metallarbeitergewerkschaft.

PRÄSIDENT. Im Brasilien der 1980er Jahre herrscht eine Militärdiktatur. Doch Lula schreckt nicht zurück, grosse Streiks und Massendemonstrationen zu organisieren. Dafür landet er im Gefängnis. Danach gründet er zusammen mit Sozialbewegungen und linken katholischen Gruppen die Arbeiterpartei Partido dos Trabalhadores (PT). Dreimal versucht er, Präsident zu werden. Doch seine antikapitalistische Haltung und seine Idee eines brasilianischen Sozialismus sind für das von Militärdiktatur und Antikommunismus geprägte Land zu radikal. Schliesslich verordnet er der PT eine konservativere Wirtschaftspolitik und gewinnt damit die Wahl 2002. Hohe Rohstoffpreise erlauben ihm erfolgreiche Sozialprogramme. Damit finden Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer den Weg aus der Armut. Ein weiterer Erfolg: Mit strikten Kontrollen reduziert er die Rodung des Amazonas-Regenwaldes. 2018 verurteilt ihn der Richter Sérgio Moro wegen fadenscheiniger Korruptionsvorwürfe zu zwölf Jahren Gefängnis. Der rechtsextreme Präsident Jair Bolsonaro macht Moro später zu seinem Justizminister. Das Gerichtsurteil ist inzwischen annulliert und die Befangenheit von Moro bewiesen. Das ebnet Lula den Weg für seine dritte Amtszeit. Und wieder verfällt das Land in Freudentaumel. Doch die goldenen Zeiten des Rohstoff-Booms sind vorbei. Die Fronten sind verhärtet, die Gesellschaft ist gespalten. Trotz allem glauben viele Brasilianerinnen und Brasilianer, wenn es einer richten kann – dann Lula, berichtet Autor Niklas Franzen aus São Paulo (Seite 9).

Aufwachen Rolex, Omega & Co.! Zeit für einen neuen Uhren-GAV, Lohnungleichheit inklusive!

Das Geschäft mit den Luxusuhren läuft sensationell gut. Jetzt wollen die 50 000 Beschäftigten der Uhren- und Mikrotechnik-Industrie auch einen guten GAV sehen. Und die Frauen vor allem gleiche Löhne wie die Männer.

RALPH HUG
Monatlich melden die Uhren-Patrons neue Rekordzahlen – 8 Prozent mehr Exporte im Juli, 14 Prozent mehr im September. Geht das so weiter, wird das Uhrenland Schweiz ein Jahr nach der Pandemie für deutlich mehr als 20 Milliarden Franken Uhren in alle Welt exportiert haben. Das Rekordergebnis von 2019 ist bald wieder erreicht. Vor allem mit Luxusuhren läuft das Geschäft wie geschmiert. Bei Rolex schiessen die Umsätze durch die Decke. Doch es ist auch höchste Zeit für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Ab 2023 ist ein neuer fällig. Die Verhandlungen beginnen im nächsten März.

Der Dauerstress macht krank.

DRINGENDER WECKRUF
Damit die Konzernchefinnen und -chefs nicht vergessen, wer die Superumsätze und Gewinne in den rund 500 Vertragsbetrieben erwirtschaftet, schritten kürzlich in Neuenburg die Wecker. An die hundert Uhrenarbeiterinnen und -arbeiter aus der Unia hatten sich versammelt. An einer Kundgebung schwenkten sie ein Transparent mit der unmissverständlichen Botschaft:



ANLAUF NEHMEN: Vor den GAV-Verhandlungen im nächsten Jahr erinnern die Uhrenarbeiterinnen und -arbeiter die Konzernbosse mit einer Weck-Aktion daran, wer ihre Superumsätze erwirtschaftet. FOTO: LUCAS DUBUIS / UNIA

«C'est l'heure! – Es ist Zeit!» Zeit für einen modernen GAV. Dass sich die Unia-Leute gerade im Hôtel DuPeyrou trafen, war kein Zufall, sondern gewollt und von symbolischer Bedeutung. Dort hatten die Sozialpartner im Jahr 1937 den ersten Uhren-GAV unterzeichnet. Ein Meilenstein.

SEHR GUTE LOHNRUNDE
Gerade ist die Stimmung unter den gewerkschaftlich organisierten Berufsleuten ausgesprochen gut. Haben sie doch soeben eine erfolgreiche Lohnrunde erzielt: durchschnittlich 3,5 Prozent mehr Lohn, für Ungelernte sogar bis zu 6,6 Prozent mehr! (work berichtete: rebrand.ly/uhren-lohn) «Ein sehr gutes Ergebnis», freut sich Raphaël Thiérmard, der Unia-Branchenverantwortliche.

Trotzdem: Rosig ist die Lage nicht. Schon vor der Pandemie wollte die Gewerkschaft wissen, wo die Arbeitenden in

den Uhren- und Mikrotechnikbetrieben der Schuh drückt. Das Ergebnis einer Online-Umfrage war eindeutig: zu viel Stress am Arbeitsplatz. Eine Mehrheit beklagt Überlastung, viele fühlen sich emotional erschöpft und befürchten gar ein baldiges Burnout. Gebessert hat sich die Lage nicht, im Gegenteil. «Viele müssen jetzt massiv Überstunden schieben», weiss Raphaël Thiérmard, «wir müssen das bremsen.» Die Löhne sowie die Entlastung zum Schutz der Gesundheit werden nun zentrale Themen am GAV-Verhandlungstisch sein.

LOHNGLEICHHEIT JETZT!
Aber auch gleiche Löhne stehen ganz oben auf der Liste. Frauen verdienen im Durchschnitt mehr als 20 Prozent weniger als Männer. Damit liegt die Lohndiskriminierung über dem Mittel der Schweizer Industrie (19 Prozent). Die Neuenburger Unia-

Regionalsekretärin Silvia Locatelli kritisiert: «Und kein Ende ist absehbar!» Peinlich für eine glamouröse Branche, deren Gewinne schon immer auf schlecht entlohnter Frauenarbeit beruhen. Rund die Hälfte der Beschäftigten ist weiblich.

Frauenpower wird dem notorischen Missstand ein Ende setzen – das hofft wenigstens eine Gruppe von Aktivistinnen aus dem Vallée de Joux. Kurz vor der Pandemie forderte sie in einem aufsehenerregenden Forderungskatalog Lohnungleichheit, frauengerechte Arbeitsbedingungen, Elternurlaub, bessere Karrierechancen sowie ein Ende des verbreiteten Sexismus im Betrieb (hier nachzulesen: rebrand.ly/frauenforderungen). Und natürlich die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des GAV. Denn rund 8000 Beschäftigte profitieren nicht von ihm, da ihre Firmen nicht Mitglied beim Arbeitgeberverband sind.

Ein Jahr nach der Frauensession: Es geht vorwärts – aber langsam Darum braucht's einen neuen Streik

23 Forderungen haben die Teilnehmerinnen der Frauensession ans Parlament gestellt. Ein Jahr später sind viele auf Erfolgskurs – aber an den Arbeitsplätzen und im Alltag der Frauen noch lange nicht angekommen.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN
Im Oktober 2021 taten Frauen zwei Tage lang das, was Männer im Parlament zuvor 123 Jahre lang getan hatten: Sie blieben unter sich. Und das sehr effizient: Die Frauensession hat 77 Geschäfte beraten und insgesamt 23 Petitionen verabschiedet. Davon wurden 5 bereits im National- und im Ständerat angenommen, weitere 6 in den Kommissionen oder in einem der beiden Räte.

NUR JA HEISST JA!
Zum Beispiel muss der Bund künftig regelmässig schweizweite Präventionskampagnen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt



ZIEHT BILANZ: Emine Sariaslan. FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

durchführen. Zudem hat sich die Rechtskommission des Nationalrates bei der Revision des Sexualstrafrechts für die auch von der Frauensession geforderte «Nur Ja heisst Ja»-Regelung ausgesprochen. Und auch in der Medizin soll's vorwärtsgehen: Der Nationalrat will mehr Gendermedizin-Forschung. Damit sollen Wissenslücken geschlossen werden, die Ärztinnen und Ärzte bei der Frauengesundheit noch immer haben. Sozialarbeiterin Emine

Sariaslan (58) war an der Frauensession dabei (work berichtete: rebrand.ly/77-geschäfte). Ein Jahr danach zieht sie eine durchmischte Bilanz: «Wir konnten unsere Anliegen einbringen. Aber die Verbesserungen sind noch nicht an den Arbeitsplätzen und im Alltag der Frauen angekommen.» Und schon während der Frauensession habe sich abgezeichnet: Bürgerliche Politik ist nicht unbedingt Frauenpolitik. «Das hat das enttäuschende Resultat der Abstimmung über die Erhöhung des Frauenrentenalters bestätigt.» Auch enttäuschend:

«Jeder Schritt, den wir vorwärtsgehen, macht uns Mut.»

EMINE SARIASLAN (58), TEILNEHMERIN FRAUENSSESSION

Mit nur einer Stimme Differenz hat der Ständerat entschieden, dass Angestellte in Privathaushalten nicht unter das Arbeitsgesetz fallen sollen. Gewerkschafterin Sariaslan: «Diese wichtige Arbeit leisten

meist Frauen unter prekären Bedingungen. Die Schweiz verstösst nun weiterhin gegen das Abkommen, das sie mit der Internationalen Arbeitsorganisation in Bezug auf menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte abgeschlossen hat.»

REIN IN DIE BETRIEBE
Neun Forderung der Frauensession sind noch hängig: darunter die Schaffung einer unabhängigen Bundesbehörde zur Durchsetzung der Lohnungleichheit und die Revision des Gleichstellungsgesetzes. Für Sariaslan ist klar: Die Frauensession war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. «Und jeder Schritt macht uns Mut!» Aber: Reinigerinnen, Pflegerinnen oder Industriearbeiterinnen seien ganz klar untertreten gewesen. «Ich hoffe, dass das am 14. Juni 2023, am nächsten Frauenstreik, anders sein wird. Ich hoffe, dass die Frauen ihre Forderungen mit einem Streik in ihre Betriebe bringen werden! Dafür setzen wir uns als Unia-Frauen ein.»

Swatch-Verkäuferin Gabrielle Durand (32) wurde Mutter – und bekam die Kündigung. Jetzt muss der Konzern eine Entschädigung bezahlen:

«Vor Gericht zu gehen hat sich gelohnt»



ERFOLGREICH GEWEHRT! Verkäuferin Gabrielle Durand hat den Uhrenkonzern Swatch wegen Diskriminierung verklagt – und für alle jungen Mütter einen wichtigen Sieg errungen. FOTO: JEAN-MICHEL ETCHÉMAITÉ

Kaum aus dem Mutterschaftsurlaub zurück, stellte Swatch die Verkäuferin Gabrielle Durand* kaltschnäuzig auf die Strasse. Eine weitere Mutter genauso. Jetzt hat das Gericht den Uhrenkonzern wegen Diskriminierung verurteilt. Ein wichtiger Sieg für die Gleichstellung!

CHRISTIAN EGG

Merkwürdig, dachte die Verkäuferin Gabrielle Durand*, als sie am Morgen des 14. August 2020 am Swatch-Stand im Genfer Manor-Warenhaus ankam, wo sie seit vier Jahren arbeitete. «Mein Chef grüsste mich kaum, das ist sonst nicht seine Art.» Und eine halbe Stunde später tauchte der Regionalverantwortliche der Swatch Group auf. «Da merkte ich: Irgendetwas ist im Busch.»

Kurz darauf fordert ihr Vorgesetzter sie auf, mit ihm in den vierten Stock zu kommen. Die Chefetage. Im Lift nach oben sagt er kein Wort. Er sei angespannt gewesen, erinnert sich Durand, «total gestresst». Jetzt bekommt auch sie

Herzklopfen. Erst zwei Wochen vorher hat sie die Arbeit wieder aufgenommen, nach einer schwierigen Schwangerschaft und dem Mutterschaftsurlaub. Sie ist sich keines Fehlers bewusst. Im Gegenteil: Ein Zwischenzeugnis aus dem Jahr zuvor lobt sie als «engagierte und vielseitig einsetzbare Verkäuferin», «respektvoll und gewissenhaft». Swatch hoffte damals, «sie noch lange in unseren Reihen zu haben».

«DAS WAR DEMÜTIGEND»

Oben im Büro erwartet sie die Personalverantwortliche. Und teilt ihr mit, dass Swatch das Arbeitsverhältnis beende. Sie sei per sofort freigestellt und solle bitte ihren Arbeitsplatz räumen. Sie schlägt Durand vor, ihren Kolleginnen zu sagen, dass sie selber gekündigt habe. Das lehnt Durand jedoch ab. Wieso sollte sie lügen? Dann sagt die Personal-

verantwortliche noch: «So haben Sie mehr Zeit, sich um Ihr Kind zu kümmern.»

Unter Tränen informiert Durand ihre Kolleginnen – mitten im Laden, vor der Kundschaft. Kurz darauf verlässt sie ihren Arbeitsort. In der Hand eine Schachtel mit ihren Sachen. «So wie man's in Filmen sieht. Das war demütigend.»

WIEDERHOLUNGSTÄTER

Exakt einen Monat später verfährt Swatch mit Catherine Moreau* genau gleich. Auch sie ist Verkäuferin am gleichen Ort wie Durand, auch sie hat hervorragende Qualifikationen, wurde sogar kürzlich befördert, auch sie ist kürzlich Mutter geworden. Und Swatch entlässt auch Moreau kurz nach Ende des Mutterschaftsurlaubs. Knall auf Fall.

Doch die beiden Frauen, beide Anfang 30, wehren sich. Mit Hilfe der Unia klagen sie vor dem Genfer Arbeitsgericht. Gestützt auf das Gleichstellungsgesetz. Und haben jetzt recht bekommen! Das Gericht hat Swatch in beiden Fällen wegen missbräuchlicher Kündigung verurteilt. Die Uhrenfirma muss sowohl Durand als auch Moreau mehrere Monatslöhne Entschädigung zahlen.

Swatch hatte vor Gericht argumentiert, die Kündigungen seien nicht wegen der Mutterschaft erfolgt. Sondern bei Durand wegen vieler krankheitsbedingter Absenzen vor der Schwangerschaft und bei Moreau, weil sie einer Kundin eine Uhr vor dem offiziellen Verkaufstermin verkauft habe. Doch das Gericht kommt in beiden Fällen klar zu einem anderen Schluss: Swatch habe «keinen objektiven Grund» für die Entlassung aufzeigen können. Umgekehrt hätten die Frauen mit zahlreichen Tatsachen und Aussagen von Zeuginnen und Zeugen «die Wahrscheinlichkeit einer Diskriminierung bewiesen».

Das Urteil ist rechtskräftig. Swatch hält zwar weiter an seiner Version fest, gab aber bekannt, die Urteile nicht weiterziehen zu wollen.

VIEL ZU WENIG ENTSCHÄDIGUNG!

Für die beiden Frauen sind die Gerichtsentscheide eine grosse Erleichterung. Sie habe vor Freude geweint, gesteht Catherine Moreau: «Sie wollten uns die Schuld in die Schuhe schieben. Aber wir haben uns beide gewehrt und gewonnen. Das ist unsere Revanche!» Auch Gabrielle Durand findet, es habe sich gelohnt, gegen ihre «brutale» Entlassung vorzugehen. Allerdings ist sie nach wie vor auf Stellensuche. «Ich habe immer gearbeitet, das ist in meiner DNA. Swatch hat mir das weggenommen. Die Entschädi-

Unia fordert: Besseren Kündigungsschutz

Am 26. Februar dieses Jahres stellten die Delegierten am Unia-Kongress die Weichen. Aus vier Themen entschied sich die Mehrheit für einen besseren Kündigungsschutz. Der ist in der Schweiz so schlecht wie in fast keinem anderen Land. Besonders Frauen nach dem Mutterschaftsurlaub, ältere Arbeitnehmende sowie Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus haben ein erhöhtes Risiko, auf die Strasse gestellt zu werden.

RÜGE FÜR DIE SCHWEIZ. Auch für engagierte Mitglieder einer Gewerkschaft oder einer Personalkommission braucht es mehr Schutz – das gelte das Recht brachte der Schweiz schon mehrmals eine Rüge der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ein. Gemäss dem Kongressbeschluss setzt sich die Unia jetzt beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) für eine Volksinitiative zum Thema ein. Über den Antrag wird am 25./26. November der SGB-Kongress entscheiden – oberstes Organ der Schweizer Gewerkschaftsbewegung. (che)

gung, die ich jetzt bekomme, die paar Monatslöhne, das macht den Verlust nicht wett.» Das Problem ist längst bekannt: Auch wenn eine Kündigung missbräuchlich ist – als Entschädigung gibt's laut Gesetz maximal sechs Monatslöhne. Viel zu wenig, fanden die Unia-Mitglieder im Genfer Regionalvorstand schon im letzten Winter. Ihre Resolution fordert: entweder bis zu zwei Jahreslöhne oder, falls der oder die Entlassene es wünscht, das Recht, an den Arbeitsplatz zurückzukehren. Dazu passt der Entscheid des Unia-Kongresses 2022, eine Initiative für einen besseren Kündigungsschutz vorzubereiten (siehe Box).

RICHTER KENNEN GESETZ NICHT

Auch wenn die Verfassung seit mehr als 40 Jahren jegliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts verbietet: Immer wieder kündigen Firmen Frauen kurz nach dem Mutterschaftsurlaub. Eine Studie ergab im Jahr 2018, dass elf Prozent der frischgebackenen Mütter entweder entlassen wurden oder der Arbeitgeber vorschlug, das Arbeitsverhältnis «im gegenseitigen Einverständnis» zu beenden.

Doch immerhin zeigt die jüngere Vergangenheit: Wer sich gegen eine diskriminierende Kündigung wehrt, kann mit einer Entschädigung rechnen. Allerdings kommt es öfter zu einem Vergleich als zu einer Klage. Denn: Die Hürden, um die Gleichstellung vor Gericht erfolgreich durchzusetzen, sind nach wie vor sehr hoch. Auch, weil die Richterinnen und Richter das Gleichstellungsgesetz zu wenig gut kennen (work berichtete: **rebrand.ly/lohnklagen**). Umso wichtiger deshalb der Sieg von Gabrielle Durand und Catherine Moreau!

Ihre Rechte als Schwangere und Mutter: **rebrand.ly/mutterschaft**

Krätze-Alarm in Oltner Heim

OLTEN SO. Und wieder macht das «Grüsel-Heim» Weingarten in Olten Schlagzeilen. Mehrere Bewohnerinnen und Bewohner waren von der Krätzmilbe befallen, die starken Juckreiz auslöst. Eine Station wurde vorübergehend isoliert. Im Regionalsender Tele M1 kritisieren Angehörige die mangelnde Kommunikation seitens der Heimleitung, und das «Oltner Tagblatt» zitiert aus einem anonymen Brief – offenbar aus der Belegschaft: «Wir sind viel zu wenig Personal.» Mitarbeitende müssten Aufgaben übernehmen, für die sie nicht ausgebildet seien. Und weiter: «Wir sind verzweifelt. Niemand will mehr im Weingarten arbeiten.» Bereits 2017 berichteten Exmitarbeitende im work von respektlosem Umgang mit den Pflegenden, zu wenig Essen für Bewohnerinnen und Bewohner, Matratzen voller Urin (**rebrand.ly/weingarten**). Erst drei Jahre später wurde die umstrittene Heimleiterin letztlich freigestellt. Noch am Tag des TV-Berichts informiert das Heim, dass «alle erforderlichen Massnahmen» bereits ergriffen worden seien und man «wieder zum regulären Betrieb» zurückkehre. Ob damit wohl eine gute Pflegequalität gemeint ist?

Billig-Coiffeure schneiden illegal

OLTEN SO. In kurzer Zeit sind in Olten unzählige Barber-Shops wie Pilze aus dem Boden geschossen. «20 Franken Haarschnitt, 10 Franken Bart stutzen», heisst es auf einem Preis-



VORSICHT, DUMPING-GEFAHR: Immer wieder zahlen Salons unter dem Mindestlohn. FOTO: KEY

schild eines Anbieters. Doch wie kann ein Haarschnitt so billig sein? Ivano Marraffino, Sektionsleiter der Unia Solothurn, weiss: «In den Salons läuft extrem viel schief.» Das liege an dem grossen Angebot. Heute zählt der Kanton gegen 600 Salons. Tatsächlich deckten die jüngsten Arbeitskontrollen auf: Viele Barber-Shops halten sich weder an den Coiffure-Gesamtarbeitsvertrag (GAV) noch an Gesetze. Laut Unia-Mann Marraffino haben die Coiffeusen und Coiffeure oft nicht einmal Arbeitsverträge. Auch die Arbeitszeiten werden nicht dokumentiert. Das ist illegal. Und ein Bruch mit dem allgemeinverbindlichen GAV für die Coiffeur-Branche. Er gilt für alle Betriebe in der ganzen Schweiz. Und er regelt auch den Lohn, im Minimum 3800 Franken für gelernte Berufsleute inklusive eines 13. Monatslohns. Doch wer im Kanton Solothurn arbeitet, verdient oft weniger. Deshalb fordert Unia-Mann Marraffino, die Kommission müsse genauer hinschauen. Und: «Salons, die den GAV und die Gesetze nicht einhalten, müssen ordentlich sanktioniert werden.»

* Name geändert

Nationalratskommission unterstützt Heuchler-Motion des Ständerates

Neuer Angriff auf die kantonalen Mindestlöhne

Mindestlöhne sind den ideologischen Arbeitgeberverbänden und ihren Frauen und Männern in den Parlamenten ein Dorn im Auge. Sie bekämpfen sie an allen Fronten. Aktuell wieder im Nationalrat.

CLEMENS STUDER
Mit 11:10 Stimmen hat die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) am 26. November einer Motion zugestimmt, die demokratisch bestimmte kantonale Mindestlöhne aushebeln will. Sie stammt vom Obwaldner Mitte-Nationalrat Erich Ettlin und trägt den Titel: «Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen». Im Sommer hatte ihr der Ständerat bereits zugestimmt.

Der heuchlerische Name des Vorstosses passt zur verdrehten Argumentation. Der Bund soll verhindern, dass kantonale Mindestlöhne über jenen in allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen (GAV) liegen. Während des Abstimmungskampfes zur Mindestlohninitiative der Gewerkschaften 2014 argumentierten die rechten Parteien und die Arbeitgeberverbände noch mit dem Argument: «Die Kantone können das jederzeit machen. Es braucht keine nationale Lösung.» Jetzt, wo immerhin die vier Kantone Neuenburg, Genf, Jura und Tessin Mindestlöhne haben, sollen sie übersteuert werden.

Die GLP-Fraktion stimmte als einzige geschlossen für Lohndumping.

Wer Mitte-Mann Ettlin zum Vorstoss angestiftet hat, ist nicht ganz klar. Schliesslich rangiert er mit 16 bezahlten Lobby-Ämtern auf Platz 2 der aktuellsten Lobbywatch-Rangliste. Offensichtlich aber scheint das Aushebeln der kantonalen Mindestlöhne für Ettlin zentral zu sein. Denn er übernahm schon früher einen quasi deckungsgleichen Vorstoss seines Urner Parteikollegen Isidor Rausch, der bei den letzten Wahlen nicht mehr antrat. Dieser Vorstoss trug den Titel «Stärkung der Sozialpartner-



NÖTLI STIBITZEN: Mit Dumping-Vorstössen im Parlament versuchen Arbeitgeberverbände und rechte Parteien immer wieder, den Arbeitenden ans Portemonnaie zu gehen. FOTO: KEYSTONE

schaft bei allgemeinverbindlich erklärten Landes-Gesamtarbeitsverträgen». Diesen hatte der Ständerat im Dezember 2019 noch versenkt.

SCHLUPFLÖCHER AUFREISSEN...
Arbeitgeberverbände und rechte Parteien bekämpfen gesetzliche Mindestlöhne an allen Fronten. Auf nationaler Ebene. Auf kantonomer Ebene. Und wenn das Volk eines Kantons sich für Mindestlöhne ausspricht, mit Verzögerung der Umsetzung und später mit juristischen Schritten: Was nicht verhindert werden kann, schieben sie heraus. Und wenn's mit der Verzögerung nicht weitergeht, setzen sie auf laiche Arbeitsmarktkontrollen und versuchen Schlupflöcher aufzureissen.

Neustes Beispiel: Der Bundesrat wollte das Entsendegesetz so anpassen, dass kantonale Mindestlöhne auch für Lohnabhängige gelten, die von ausländischen Firmen angestellt sind. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch nicht für die Neoliberalen.

So stieg der Ständerat im September 2021 gar nicht auf das Gesetz ein. Weil: Einmischung in kantonale Angelegenheiten. Dabei hatten sich 23 Kantone in der Vernehmlassung für die Revision ausge-

sprochen. Der Grundsatz «Gleiche Arbeit, gleicher Ort, gleicher Lohn» passt den rechten Ständeherrn- und -damen einfach grundsätzlich nicht. Da können sie mal so oder so argumentieren, wie es grad passt.

...UND LOHNSCHUTZ VERHINDERN
Der Nationalrat trat dagegen auf das Entsendegesetz im Dezember 2021 ein. Dank Gewerbeverbandspräsident und Mitte-Nationalrat Fabio Regazzi, der die Mehrheit seiner Fraktion überzeugen konnte, dass durchgesetzter Lohnschutz auch die korrekten Firmen schützt. Aus der FDP-Fraktion kamen 10 Stimmen für den Lohnschutz, 19 dagegen. Und sogar bei der SVP sagten drei Nationalräte Ja. Die einzige Fraktion, die geschlossen und vollständig für Lohndumping stimmte, war die GLP. Auf die rechten Grünen ist eben immer Verlass, wenn es gegen die Rechte der Lohnabhängigen geht. Auf die vernünftigen bürgerlichen Nationalrätinnen und Nationalräte auch. Die Dezember-Mehrheit hielt auch im März und stimmte dem Entsendegesetz zu. Doch die rechte Mehrheit im Ständerat beharrte auf ihrem Nichtintreten und beerdigte den Schutz der kantonalen Mindestlöhne für aus der EU entsandte Lohnabhängige im Juni dieses Jahres.

Nationalratskommission lehnt AHV-Dreizehnten ab

Rechte reut jeder Franken für Rentnerinnen und Rentner

Die AHV-Renten sind zu niedrig. Die Renten aus den Pensionskassen sind zu niedrig und zu teuer. An beidem wollen die rechten Parteien nichts ändern. Das ist geschämig und verfassungswidrig.

CLEMENS STUDER
Die durchschnittliche AHV-Rente liegt bei 1800 Franken. Das reicht nicht zum Leben. Obwohl die Verfassung seit 50 Jahren existenzsichernde AHV-Renten vorschreibt.

Das ist den rechten Parteien von SVP bis GLP egal. Denn sie wollen die AHV kleinkalten, um das Geschäft der Finanzindustrie weiter zu befeuern. Denn Banken und Versicherungen verdienen sich an den Pensionskassen und der 3. Säule eine goldene Nase. Das möchten sie gerne weiter tun

können. Und setzen dabei auf üppige Zuwendungen an ihre Vertreterinnen und Vertreter im nationalen Parlament. Diese zeigen sich immer wieder erkenntlich. Zuletzt die bürgerliche Mehrheit der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N). Sie lehnt die Gewerkschaftsinitiative für einen AHV-Dreizehnten ab – ohne Gegenvorschlag.

WICHTIGER DENN JE
Dabei ist der Ausbau der AHV in der aktuellen Lage wichti-

ger denn je: die Teuerung steigt, die Krankenkassenkosten explodieren, die Kaufkraft sinkt. Die AHV ist seriös und solidarisch finanziert. 92 Prozent der Menschen in diesem Land profitieren von ihr. Darum muss sie gestärkt werden. Gerade Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen profitieren von einer stärkeren AHV überdurchschnittlich – darunter gerade die Frauen.

Doch die rechten Mehrheiten im Parlament verwe-

sen lieber auf die immer wieder widerlegten Horrorszenarien aus der Bundesküche.

GELD HAT'S GENUG
Diese Szenarien sind in den vergangenen Monaten nach vielen Interventionen der Gewerkschaften realitätstreuer geworden, gewichten aber die Ausgaben immer noch höher als die Einnahmen. Und helfen so all jenen, die sich über die AHV ärgern, weil sie daran kein Geld verdienen.

Dabei ist genug Geld da für einen AHV-Ausbau. Zum Beispiel in der Nationalbank. Und darum haben die Gewerkschaften nach der Initiative für den Ausbau der AHV auch die Initiative «Nationalbankgewinne für eine starke AHV» lanciert und sammeln derzeit Unterschriften (work berichtet: rebrand.ly/snb-initiative).



AHV-INITIATIVE: Die Gewerkschaften fordern höhere Renten. FOTO: KEY

Polier Salvatore

Barbarotto (59) über die Baumeister von heute:

«Sie sehen die Arbeiter eindeutig als Feinde!»

Polier Salvatore Barbarotto hat mit seiner Firma das grosse Los gezogen. Doch er weiss genau, was schief läuft auf dem Bau. Im Interview verrät er, warum die Baumeister bei den Jungen scheitern. Und der Termindruck als erstes immer das Baustellenpersonal trifft.

MICHAEL STÖTZEL

work: Die Verhandlungen über einen neuen Landesmantelvertrag auf dem Bau laufen mehr als harzig. Der Bau- meisterverband verlangt in erster Linie sogenannt flexiblere Arbeitszeiten. Faktisch will er damit die Arbeitsbedingungen massiv verschlechtern. Spüren Sie diesen Druck auch bereits am Arbeitsplatz?

Salvatore Barbarotto: Bei uns nicht. In den 14 Jahren, die ich jetzt bei der Strabag arbeite, habe ich wirklich nichts Negatives erlebt. Wir werden anständig behandelt, die Löhne stimmen, Zulagen werden bezahlt, die Stunden werden korrekt abgerechnet, der Arbeitszeitkalender wird eingehalten. Als Polier bekomme ich alles, was ich brauche, zusätzliche Leute, technische Hilfsmittel, auch Unterstützung von Bauführern und Ingenieuren, wenn ich ein Problem habe. Gegenüber anderen Firmen sind wir privilegiert.

Sie kennen es also auch anders?

Ja, sicher. Der Druck mancher Firmen auf ihre Leute ist schon brutal. Ich kenne einige Baufirmen, die dem Personal verboten haben, der Unia beizutreten. Die gleichen Firmen respektieren den Arbeitszeitkalender nicht. Jah-

«Überstunden dürfen nicht zur Normalität werden.»

restüberstunden von etwa 70 Stunden wurden nicht ausbezahlt. Da kann man sich ausrechnen, wie viel auf ein Jahr zusammenkommt. Und wenn du anfängst, dich zu wehren, macht dir der Chef Ärger.

Aber spüren denn nicht auch Grossfirmen wie Strabag den extremen Zeitdruck, der aus zu eng vereinbarten Terminen resultiert? Dieser Druck wird doch letztlich einfach an euch Arbeiter weitergegeben!

Das schon. Aber als Polier kann ich sagen, dass wir gewisse Termine nur einhalten können, wenn wir zusätzliche Mitarbeiter und Maschinen, die wir dazu benötigen, bekommen. Zudem kann ich diverse Arbeitsabläufe wie etwa Betonieren, Schalen usw. steuern und optimieren. Dass wir dann auch mal Überstunden machen müssen, kann schon passieren, aber es darf nicht zur Normalität werden. Wir Arbeiter haben auch ein Privatleben.

Darum kümmert sich die Branche zu wenig, finden offenbar viele. Oder wie erklären Sie sich sonst den Personal-mangel?

Ich werfe den Baumeistern vor, dass sie heute zu wenig für den Nachwuchs tun. Als ich meine Lehre anfang, war ich nicht einfach Handlanger. Ich konnte das ganze Handwerk von Grund auf erlernen. Anders als heute die Lernenden. Die Firmen lassen Akkordmaurer, Akkordschaler und Akkordeisenleger oder Zimmerleute arbeiten.



42 JAHRE BAU: Salvatore Barbarotto ist «auf dem Bau geboren». Mit 17 begann er die Maurerlehre. Heute ist er 59. In den letzten sechs Jahren leitete er die Instandsetzung eines Parkdecks im Zürcher Glattzentrum. Die Arbeit ist nun abgeschlossen. Barbarotto und seine Kollegen räumen die Baustelle ab. Als langjähriges Unia-Mitglied hofft er, dass die Gewerkschaften in den LMV-Verhandlungen nicht nachgeben. FOTO: MICHAEL SCHOCH

Maurerlehrlinge lernen die Grundlagen in der Lehrhalle, im Betrieb können sie jedoch nur einen Bruchteil davon umsetzen. Damit ist für sie der Beruf nicht mehr interessant. Ihre Arbeit wird eintöniger bei gleichzeitig steigendem Stress. Die Jungen kann man sicher nicht mit dem gewinnen, was die Unternehmen Flexibilität nennen. Dass sie also bei schlechtem Wetter oder im Winter zu Hause bleiben sollen. Aber im Sommer dafür dann noch länger ranmüssen. Das machen sie nicht mit.

Aber der Baumeisterverband behauptet in den LMV-Verhandlungen, dass den Arbeitern mehr Flexibilität gefalle.

Für eine Minderheit stimmt das vielleicht. Alle, die ich kenne, wollen das aber nicht. Viele haben jedoch Angst, Nein zu sagen. Sie fürchten, unter die Räder zu kommen, wenn sie nicht machen, was ihr Chef verlangt. Was deren Verband jetzt in den Verhandlungen fordert, zeigt mir eindeutig, dass sie ihre Mitarbeiter als Feinde ansehen. Das kann nur zu Unruhe auf dem Bau führen.

Das alles gehört zum Unterbietungskampf um die Aufträge. Warum wollen

die Unternehmen nicht einsehen, dass zuerst ihre Arbeiter und dann sie selbst verlieren?

Darüber habe ich mal mit einem Baumeister gesprochen, den ich gut kenne. Er sagte mir, dass die Unternehmen die jetzigen Preise bald nicht mehr tragen könnten. Es könnte dazu kommen, dass sie eines Tages keine Wegentschädigungen und keine Mittagzulagen mehr bezahlen. Somit würden sie wieder aufs schwächste Glied gehen, die Arbeiter, habe ich geantwortet. Warum gehen sie nicht einmal gegen die Generalunternehmer und die Architekten vor, von denen der Zeit- und Preisdruck ausgeht? Dann bekämen sie keine Aufträge mehr, antwortete er mir.

Tatsächlich wissen die Baumeister exakt, welchen Preis sie für einen Auftrag benötigen. Sie kalkulieren doch alle gleich, und es gibt nur geringe Differenzen, etwa wenn sie beim Material einsparen. Sie könnten sich also gemeinsam weigern, zu den vorherrschenden Bedingungen zu arbeiten. Stattdessen sollen aber weniger Arbeiter den Auftrag erledigen, und wer da besonders rücksichtslos vorgeht, kann auch andere Unternehmen vom Markt drängen. So läuft das heute.

SBV floppt vor Gericht: Klage gegen Unia abgeschrieben

Was für eine Nummer! Ende Oktober hatte der Baumeisterverband (SBV) öffentlich gedroht, die Gewerkschaften Unia, Sina und SIT vor den Kadi zu zerren. Mit ihren Warnstreiks und Protestpausen würden sie gegen die sogenannte Friedenspflicht verstoßen. Sogar simple Info-Anlässe und Umfragen auf Baustellen gingen zu weit, findet der SBV. Und so reichte er tatsächlich Klage ein – und zwar beim Genfer Schiedsgericht für kollektive Arbeitsbeziehungen (CRCT). Dieses solle, so die meiste Bitte, die Gewerkschaften zurückpfeifen und dafür sorgen, dass die Protesttage abgeblasen würden. Doch da machte das CRCT nicht mit. Es erklärte die Klage postwendend für unzulässig und wies sie ab. Dazu Unia-Bauchef Nico Lutz: «Anstatt ihre Zeit mit Juristerei zu verschwenden, sollten die Meister endlich ernsthaft verhandeln und auf die Bauarbeiter hören. Sie haben legitime Forderungen gestellt, aber wurden bislang komplett ignoriert!» (jok)



ROT UND LAUT: Die Nordwestschweizer Baubüezer machten ernst. Während sie durch Basel marschierten, standen 400 Baustellen in der Region still. FOTO: UNIA

Über 1000 Bauarbeiter legen Arbeit nieder

Mehr Zeit für Familie!

Büezer stehen in Basel laut für einen guten neuen Landesmantelvertrag ein.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Eine Protestwelle überrollt die Schweiz: Vom Tessin (work berichtet: rebrand.ly/tessin-streikt) her hat sie jetzt die Nordwestschweiz erreicht. Über 1000 Bauarbeiter versammelten sich am 2. November in Basel für den Protesttag. Auch aus Aarau sind Baubüezer angereist. Sie sind sich einig: «So geht es nicht mehr weiter. Wir leben nur noch für die Arbeit»

«Und jetzt sollen wir auch noch am Wochenende chrapfen?»

BAUARBEITER HAMZA CAKAR

Den Streikklust ihrer Kollegen anstecken. Gegen 11 Uhr startet die Demo im De-Wett-Park, gleich beim Basler Hauptbahnhof. Laut trillerpfeifend, fahnnenschwenkend und gutelaunt ziehen die Büezer durch die Basler Innenstadt.

DREISTE MEISTER

Die Büezer fordern: mehr Familienzeit, mehr Freizeit! Amir Özbey* sagt zu work: «Meine Tage sind zu lange und zu anstrengend. Zeit mit der Familie habe ich nur am Wochenende.» Sein Kollege Hamza Cakar* ergänzt: «Und jetzt sollen wir auch noch am Wochenende chrapfen?»

Für die Baubüezer steht viel auf dem Spiel: Der auslaufende Landesmantelvertrag regelt ihre Arbeitsbedingungen. Seit Wochen laufen harzige Verhandlungen. Der Baumeisterverband spricht von Lohnerhöhungen, aber nur im Gegenzug mit «Flexibilisierungen», sprich für radikale Vertragsverschlechterungen à la 58-Stunden-Woche und Arbeit auf Abruf. Doch das lassen sich die Bauleute nicht bieten.

Deshalb rollt die Protestwelle in den kommenden Tagen weiter: von Genf über Lausanne nach Zürich. Hoffentlich bringt das die Baumeister zur Vernunft. Denn am 14. November steht die letzte Verhandlungsrunde an.

* Namen geändert



Die Briefträgerin & das Neuland

Noch ist die Briefträgerin nicht im Neuland angekommen. Noch ist sie im Zwischenreich zwischen Lohnarbeitsleben bei der Post und zukünftigem selbstbestimmtem Erwerbsleben in Teilzeit.



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Noch ist nicht ganz in ihr Bewusstsein gesickert, dass sie nun «früpe» ist, bei der gelben Riesin frühpensioniert.

ECKIGE RUNDEN. Es denkt ihr viel, derzeit. Ganz besonders zum Thema Arbeit. Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen und in verwandten Systemen. Arbeit unter Stress. Es denkt ihr über die Ausbeutung der Menschen durch

«Auch die Briefträgerin will noch «ein paar eckige Runden drehn».

Menschen, über die Bewertung von Menschen allein aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Leistungswillens und über die ungerechte Verteilung des Erwirtschafteten. Radikal gedacht und in Experimenten auch immer wieder gelebt, könnte Arbeit auch ganz anders aussehen: selbstgewählter und selbstbestimmter, mitbestimmter, überschaubarer.

Und damit sinnvoller. Ja, auch um den Sinn drehen sich die Gedanken der Briefträgerin, ganz sachlich und irgendwie logisch. Immer wieder taucht dazu ein Lied von Wolf Biermann aus ihrer Erinnerung auf: «Das kann doch nicht alles gewesen sein...». Sie hört es sich wieder einmal an, ist froh, dass ihre Bilanz anders aussieht als die im Lied erzählte, und merkt, auch sie «will noch ein paar eckige Runden drehn ... und dann erst den Löffel abgeben, eben». Wenn nüt anders.

Nicht nur Postangestellte gratulieren der Briefträgerin zu ihrem Entscheid, das Wagnis der Frühpensionierung einzugehen. Alle sagen, sie möchten auch, aber ... Und die Briefträgerin überlegt, was es zu bedeuten hat, dass alle eigentlich lieber nicht arbeiten würden. Nicht so arbeiten?

SÜSSMOST. Sie war noch einmal im Betrieb, zum Abschiedsanlass, der dann in der Arbeit ersoff. In der Arbeit der andern, die ausgerechnet an diesem Tag überquoll. Doch es war gut, sie half ein wenig, mischelte noch einmal Werbung, trug vorsortierte Post ab, stiess mit den Kolleginnen und Kollegen an, mit Kaffee, Redbull und Süssmost. Zwei, drei überraschende Gespräche, ein Geschenk zum Tschüss, noch einmal eine leise Wehmut, so in der Halle und zwischen den Gestellen, und dann war Schluss.

Nach Sommaruga-Rücktritt sind jetzt zwei Bundesratssitze frei und überall wird gerechnet

SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga tritt überraschend zurück. Was das für die Bundesratersatzwahl vom 7. Dezember aus gewerkschaftlicher Sicht bedeutet.

CLEMENS STUDER

Es war ein berührender Auftritt am 2. November (Redaktionsschluss dieser Ausgabe). Simonetta Sommaruga erklärte nach zwölf Jahren ihren Rücktritt aus dem Bundesrat. Das war so nicht geplant. Sie sagte: «Dieser Entscheid kommt etwas abrupt, auch für mich, und früher als vorgesehen.» Doch sie hat gute beziehungsweise tragische Gründe für ihren Entscheid: «Mein Mann hat vorletzte Woche einen Schlaganfall erlitten. Das war ein grosser Schock für uns beide.»

Sommaruga hat in ihren zwölf Jahren im Bundesrat Meilensteine gesetzt. SP-Co-Präsident Cédric Wermuth sagt: «Sie hat wichtige Schritte für die Energiewende ergriffen und

So sähe der korrekte Bundesrat aus: 2 SVP, 1 FDP, 1 CVP, 2 SP, 1 Grüne.

den Klimaschutz gestärkt. Sie hat für mehr Lohngleichheit gesorgt und das Familienrecht modernisiert.» Sommaruga war eine Hassfigur der Rechten und wurde unter aller Kanone angefeindet.

FINDUNGSPROZESS

Die SP hat den Findungsprozess trotz des überraschenden Rücktrittszeitpunkts rasch gestartet. Offensichtlich ist die Partei organisatorisch und personell besser aufgestellt als die SVP (siehe Artikel unten). Das Parteipräsidium und das Fraktionspräsidium plädieren für ein Zweier-Frauenticket, wobei nicht beide Kandidatinnen aus der Deutschschweiz stammen müssen. Die definitiven Kriterien wird die SP-Bundeshaus-Fraktion am 18. November festlegen. Dann haben Interessierte drei Tage Zeit, sich zu melden. Das definitive Ticket bestimmt die



AUS PRIVATEN GRÜNDEN: Nach 12 Jahren im Amt tritt SP-Bundesrätin und Umweltministerin Simonetta Sommaruga auf Ende Jahr zurück. FOTO: KEYSTONE

Fraktion am 26. November. Am 7. Dezember wählt die Bundesversammlung.

RECHTER ANGRIFF?

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist zentral, dass die sozial-feministisch-ökologischen Kräfte im Bundesrat gestärkt und nicht geschwächt werden. Noch während die Rücktrittspressekonferenz von Simonetta Sommaruga lief, meldeten sich erste rechte Politiker mit der Aufforderung an die Grünen, jetzt den SP-Sitz anzugreifen, wenn es ihnen mit dem Regierungswillen ernst sei. Diese Geschichte wird in unterschiedlichen Worten schon vielfach erzählt werden, bis dieses work am Freitag in den Briefkästen liegt. Um das vorherzusagen, braucht es bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe (Mittwoch) keine hellseherischen Gaben. Die Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen sind immer flink darin, die fortschrittlichen Kräfte kleinzurechnen. Das haben sie vor drei Jahren bei den Gesamterneuerungswahlen bewiesen und seither immer wieder. Sie bringen dann gerne ein «Blockmodell», bei dem die FDP der Mitte zugerechnet wird – wobei diese doch

sonst so grossen Wert drauflegt, mit der SVP die meisten Gemeinsamkeiten zu haben.

Dabei ist klar: Den Grünen steht ein Sitz im Bundesrat zu. Politisch sowieso und arithmetisch erst recht. Und zwar auf Kosten der FDP, die mit ihren aktuell zwei Sitzen übervertreten ist – und zusammen mit der SVP eine absolute rechtsbürgerliche Mehrheit im Bundesrat stellt.

RICHTIG RECHNEN

Linke Behauptungen? Nein, einfach richtig gerechnet. Und das geht so:

Gewählt wird der Bundesrat von der Vereinigten Bundesversammlung. Von 200 Nationalrätinnen und -räten. Und von den 46 Ständerätinnen und -räten. Darum sind die Fraktionsgrössen in beiden Räten politisch wichtiger und real entscheidender als die Stimmenprozente bei den Nationalratswahlen.

Schaut man präzise hin, sieht es so aus: Die Fraktionen von SVP und FDP haben zusammen 102 Sitze. Die Mitte-Fraktion plus GLP haben zusammen 60. Und die Fraktionen von SP und Grünen zusammen 83 Sitze. Das bedeutet bezogen auf die Bundesversammlung: Rechts kommt auf

41,46 Prozent. Die Mitte auf 24,4 Prozent. Die Linke auf 33,7 Prozent.

Umgelegt auf die 7 Bundesratssitze ergibt das: Rechte 2,9 Sitze. Mitte 1,7 Sitze. Linke 2,4 Sitze. Zum gleichen Resultat führt auch, wenn nur die Parteisitze in der Bundesversammlung berücksichtigt werden (also ohne jene Fraktionsmitglieder, die nicht der namensgebenden Partei angehören). Dann sieht es so aus: SVP 1,67 Sitze; SP 1,36 Sitze; FDP 1,16 Sitze; CVP 1,08 Sitze. Die Grünen 0,93 Sitze. GLP: 0,71. Die korrekte Bundesratszusammensetzung sähe also so aus: 2 SVP, 1 FDP, 1 CVP, 2 SP, 1 Grüne. Zumindest bis nach den Wahlen vom Oktober nächsten Jahres.

Die kommenden Wochen werden zeigen, wie wild entschlossen rechte Parteien sind, das Momentum des Sommaruga-Rücktritts auszunutzen und die absolute SVP-FDP-Mehrheit für die nächsten Jahre zu betonieren. Die Grünen haben bereits am Rücktrittstag von Sommaruga klargemacht, dass sie für solche rechten Spielchen nicht zur Verfügung stehen: «Es braucht dringend eine Stärkung der ökologischen Kräfte im Bundesrat, aber nicht auf Kosten eines SP-Sitzes.»

Maurer-Nachfolge: Eigentlich Rösti, aber ...



SVP-Karussell: Michèle Blöchliger, Albert Rösti, Werner Salzmann, Heinz Tännler und Hans-Ueli Vogt (von links nach rechts).

FOTO: KEYSTONE

Die SVP tat und tut sich schwer, Kandidatinnen und Kandidaten für die Nachfolge von Ueli Maurer zu finden. Das hängt auch damit zusammen, dass die parteibestimmenden Zürcher Tenöre alle absagten, weil sie mit einem «härteren Oppositionskurs» liebäugeln. Von der SVP-Findungskommission angeschaut werden diese fünf Leute (in alphabetischer Reihenfolge).

Michèle Blöchliger: Die Urner Regierungsrätin mit

Basler Dialekt hat bereits beim ersten Auftritt als Kandidatin zu zwei öffentlich leicht überprüfbaren Punkten nicht die Wahrheit gesagt und sich so gleich wieder aus dem Rennen genommen.

Albert Rösti: Der ehemalige nationale Parteipräsident aus Bern war zwar immer ein treuer Diener des SVP-Herrns aus Herrliberg. Selbst als dieser ihn nach den verlorenen Wahlen 2019 brutal demütigte, machte er öffentlich

gute Miene zum bösen Spiel. Seither sammelt der studierte Bauer (ETH) Pöstchen und Mandate und ist weiterhin freundlich, kann's mit allen und ist doch auf Linie. Aber die Standleitung der Blocher-Riege in den Bundesrat würde bei seiner Wahl gekappt. Darum ist er der Favorit der Nicht-SVPlern in der Bundesversammlung. Und der Un-Lieblingskandidat der Zürcher SVP.

Werner Salzmann: Der Ständerat ist zwar auch

Berner. Doch der gelernte und studierte Bauer (HAFL) ist auf Zürcher Kurs. Inhaltlich interessiert sich Salzmann in erster Linie für «freies» Waffenrecht, eine noch teurere Armee und eine noch teurere konventionelle Landwirtschaft. Er hat nach Maurers Rücktritt als erster den Finger aufgestreckt.

Heinz Tännler: Der Zuger Finanzdirektor sieht sich als Kandidat der Zentralschweiz. Die Parlamentsmehrheit sieht wohl eher

den Steuerdumper, Oligarchen-Hätschler und Ex-Fifa-Mann.

Hans-Ueli Vogt: Der urbane Intellektuelle soll den Zürcher SVP-Sitz im Bundesrat halten. Politisch ist er auf Blocher-Linie, etwa als Kopf hinter der brandgefährlichen «Selbstbestimmungsinitiative». Persönlich ist er die Antithese zum typischen SVP-Politiker: Professor, Politiker ohne Ämtchen und keinerlei Hang zum Rumpöbeln oder Trollen.



REICH DURCH PLEITE: Anders als TV-«Bestatter» Mike Müller bringen Konkursritter Firmen ins Grab. Und zwar reihenweise. Wie Coiffeur-Unternehmer Fernando Mutti (oben links) und der St. Galler Bau-Gauner Daniel Bächtold (in der Mitte). Sie prellten Mitarbeitende und Sozialwerke um Hunderttausende Franken. ILLU: NINOTCHKA.CH

Alarm bei der Suva: Konkursbetrüger verursachen Millionenverluste

Der Firmmentod ist ihr Geschäftsmodell

Konkursritter machen aus Firmenpleiten ein Geschäft. Oft sind dabei Schwarzarbeit und Prämienbetrug im Spiel. Jetzt macht die Suva Dampf im Kampf gegen Schwindler und Betrüger.

RALPH HUG

Mike Müller hat gut lachen. Der Schauspieler, Hauptfigur im TV-Hit «Der Bestatter», hat immer mehr Nachahmer. Aber nicht im Film, sondern in der Wirtschaft. Dort treiben vermehrt sogenannte «Firmenbestatter» ihr Unwesen. Das sind

Die Masche: Geld abziehen, Firma umbenennen, Sitz verlegen...

Betrüger, die Serienkonkurse bauen oder es gezielt auf angeschlagene und überschuldete Firmen abgesehen haben. Der Firmmentod

REKORDVIELE VERDACHTSFÄLLE

ist ihr Geschäftsmodell. Die Folge: Arbeitende ohne Lohn und der Staat und die Sozialversicherungen, die Beiträge ans Bein streichen müssen. Die Suva intensiviert jetzt den Kampf gegen solche Betrüger. Ihtwegen verliert der staatliche Versicherungsgigant jedes Jahr Millionen an unbezahlten Prämien. In Zahlen: 3,9 Millionen Franken hat die Suva letztes Jahr fehlbaren Betrieben zusätzlich in Rechnung gestellt. Der Leiter der Missbrauchsbekämpfung bei der Suva, Roger Bolt, sagt: «Konkursreiterei hat seit zwei Jahren nachweislich zugenommen.» Über 2800 Verdachtsfälle wurden letztmals registriert, ein neuer Rekord. Für 2022 erwartet die Suva nochmals eine wesentliche Zunahme.

Konkursritter tummeln sich vor allem im Baugewerbe. Da gründet einer eine Firma, stellt ein paar Leute ein, bezahlt weder AHV noch Pensionskassenbeiträge und lässt dann die Bude konkursgehen, bevor der Betrug auffliegt. Flugs gründet er eine neue Firma, das böse Spiel geht weiter. Die Firmenbestatter übernehmen sogar gezielt hochverschuldete Betriebe. Dafür erhal-

ten sie von der Besitzerin – oder auch von Vermittlern – unter der Hand ein Honorar von 2000 bis 5000 Franken. Anstatt wie gesetzlich gefordert zum Konkursrichter zu gehen, zögern sie die Pleite hinaus, ziehen Geld ab, benennen Firmen um und verlegen den Sitz. Vorteil: Die Betreibungsregistrauszüge sind dann wieder leer und die Weste scheinbar rein. Neue Kredite und Bestellungen sind möglich, die dann nie bezahlt werden. Die Machenschaften solcher Kriminellen summieren sich laut Schätzungen des Verbands Creditreform auf Milliarden.

FIRMENBESTATTER LUCAS G.

Lucas G. war ein Firmenbestatter. Er hat rekordverdächtige 20 Pleiten in sechs Jahren produziert. Der Schaden ging in die Millionen. Die Suva kam ihm auf die Schliche, weil er 60 000 Franken an Prämien nicht bezahlte, und zeigte ihn an. Im letzten März wurde der Mann der mehrfachen Misswirtschaft und der unterlassenen Buchführung schuldig gesprochen. Strafe: vierzehn Monate Gefängnis, davon muss er sieben absitzen. Wie so oft war Schwarzarbeit im Spiel. Bei einer Kontrolle wurde festgestellt, dass die Firma von G. über zwei Jahre hinweg insgesamt 1 Million Franken an verschiedene Subunternehmen bezahlt hatte. Natürlich in bar. Firmen, bei denen G. selber als Geschäftsführer oder als Besitzer eingetragen war. Laut Suva-Mann Roger Bolt werden solche Subunternehmerkonstrukte gezielt aufgebaut, um Schwarzarbeit und Prämienbetrug zu vertuschen.

work hat immer wieder über ähnliche Skandale berichtet. Zum Beispiel über Fernando Mutti. Der agile Mann aus Bern schickte seine Coiffeur- und Beautyläden reihenweise in den Konkurs. Die Schulden bei den Vorsorgeeinrichtungen beliefen

... und schon ist der Betreibungs- auszug wieder sauber.

sich auf 150 000 Franken. Die Pensionskassenbeiträge zog er zwar vom Lohn ab, ans richtige Ort gelangten sie aber nicht. «Eine Firma geht konkurs, schon ist die nächste da», kommentierte work diesen Totentanz (work berichtete: [rebrand.ly/muttis-mutationen](https://www.rebrand.ly/muttis-mutationen)). Oder der Rheintaler

Bauspekulant Daniel Bächtold. Er gebot über ein obskures Geflecht aus Briefkasten- und Baufirmen. Darin versickerten auch Löhne und Sozialabzüge ([rebrand.ly/bugauner-baechtold](https://www.rebrand.ly/bugauner-baechtold)).

OFFENSIVE IM GERÜSTBAU

Ab nächstem Jahr soll der Kampf gegen Konkursbetrug leichter werden dank einem neuen Bundesgesetz. Das soll mehr Transparenz schaffen, lässt aber viele Wünsche offen (siehe Box). Derweil spannt die Suva mit den Verbänden der Malerinnen und Gipser und der Gerüstbauer zusammen. Ziel ist laut Roger Bolt, dass die Firmen ihre Subunternehmen genauer prüfen. Insbesondere die Höhe der bei den Sozialversicherungen gemeldeten Lohnsummen. Der Maler-Gipser-Verband hat bereits den Subunternehmer-Mustervertrag überarbeitet und eine Meldestelle für Verdachtsfälle eingerichtet.

Konkursbetrug: Gesetz mit wenig Biss

Dem ehemaligen SP-Nationalrat und Unia-Mann Corrado Pardini platzte 2017 der Kragen: «Wir müssen betrügerische Konkurse und vor allem den Handel mit überschuldeten Firmen verhindern», so Pardini. Wiederholungstätern bei Kettenkonkursen sollte endlich das Handwerk gelegt werden. Sein Vorstoss half mit, dass nun ab 2023 das neue Bundesgesetz über die Bekämpfung des missbräuchlichen Konkurses in Kraft tritt. Allerdings hat das Parlament die Vorlage stark verwässert.

BESSER ERKENNBAR. Neu können die Konkursämter leichter eingreifen und die Handelsregisterämter bei Verdacht Einträge erschweren. Am meisten bewirken dürfte, dass Konkursritter dank Datenvernetzung leichter erkennbar werden. Die Forderung, dass ihnen die Gläubiger schneller auf den Pelz rücken können, blieb unerfüllt. Auch ob der Handel mit Firmen und Schuldenbergen zum Erliegen kommt, ist ungewiss. Das wird sich erst 2024 zeigen. (rh)

Firmenbestatter in der Waadt: Endlich vor Gericht!

2 Millionen Franken Schaden, zahlreiche Geschädigte, 63 Seiten kriminelle Machenschaften: 10 Jahre lang trieben zwei Konkursbetrüger ihr Unwesen. Jetzt stehen sie vor Gericht.

RALPH HUG

So stellt man sich Betrüger nicht vor: Robert Cattelan und Bernard Prévost* sind im Pensionsalter, doch noch immer aktiv. Nämlich als «Firmenbestatter». Zehn Jahre lang trieben sie im Waadtland ihr Unwesen. Sie ritten Dutzende von kleineren Baufirmen in den Ruin und sahten dabei ab. Meistens in bar. Denn die beiden gaben stets an, nur von der AHV und von Er-



MIT SCHIRM UND WUT: Unia-Aktion gegen die beiden Kettenkonkurs-Gauner Cattelan und Prévost. FOTO: THIERRY PORCHET

gänzungsleistungen zu leben. Das schützte sie vor den Gläubigern und vor Betreibungen. Denn die AHV gehört zum Existenzminimum. Niemand kann sie einem wegnehmen.

ALTE BEKANNTE

Das Betrügerduo muss sich jetzt in Lausanne verantworten. Die beiden sind notorisch, man kennt sie längst in der Region. Bereits 2013 führte die Unia eine Protestaktion vor dem Wohnsitz von Cattelan in Saint-Prex VD durch. Und die Ausgleichskasse

Die Konkurs- Profis tarnten sich als einfache Rentner.

des Arbeitgeberverbandes warnte vor ihnen, da sie AHV-Beiträge nicht überwiesen und so Dumping bei Auftragsvergaben betreiben konnten. Doch die Justiz mahlt langsam. Viel zu langsam. Dafür sind nun in der Anklageschrift auf 63 Seiten die kriminellen Machenschaften der beiden im Detail nachzulesen. Die «Profi-Firmenbestatter» waren Strohmänner der Chefs von überschuldeten Firmen. Für deren Übernahme kassierten sie Honorare. So konnten die Chefs ihre Schulden los werden, um mit reiner Weste neu anzufangen.

NEUER PORSCHE

Cattelan und Prévost nutzten dann die Firmen aus, bevor sie sie in den Konkurs schickten. Für die Gläubiger war nichts mehr zu holen. Und das Spiel konnte von vorn beginnen. Cattelan hat für 400 000 Franken Betreibungen am Hals. Was ihn aber wenig kümmert. Die Anklage beziffert den mutmasslichen Schaden bei Gläubigern und Sozialversicherungen auf satte 2,1 Millionen Franken. Eine einträgliche Totengräberei. Das Betrügerduo nutzte auch die Pandemie fürs Abzocken aus. Sie beantragten und erhielten Hilfgelder für Firmen, die längst konkursreif waren. Das Geld floss dann in den Kauf eines neuen Porsche oder wanderte aufs Konto der Ehefrau.

Konkursreiterei wie aus dem Lehrbuch. Während Cattelan seine Verfehlungen teilweise einräumt, mimte Prévost vor Gericht das Unschuldslamm. Er sei selbst auch nur ein Opfer gewesen. Wer's glaubt. Das Gerichtsurteil war bis Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

* Namen geändert

Italiens neue Regierung:
Grausiges Kabinett

Faschismus? Postfaschismus? National-Konservatismus? Noch ist nicht klar, wohin das neue Regime in Italien geht. Massenaufläufe von faschistischen Schwarzhemden, wie vor 100 Jahren unter Benito Mussolini, gibt es nicht. Die bisherigen Strukturen der Demokratie bestehen weiterhin. Die Gewerkschaft CGIL findet, sie habe schon viele grausige Regierungen erlebt, sie würde auch Ministerpräsidentin Giorgia Meloni an ihren Taten messen.



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

ABSURDE ANSAGEN. Die Berufung der neuen Ministerinnen und Minister spricht jedoch Bände: Der Gesundheitsminister Orazio Scilacci erklärt die Corona-Pandemie für beendet und will wieder «Normalität», ohne Maskenpflicht in Spitälern und ohne Impfpflicht für das Gesundheitspersonal. Die neue Arbeitsministerin Marina Calderone ist Anhängerin der neoliberalen Flexibilisierung, welche Italien schon Millionen prekäre Jobs beschert hat. Massnahmen für mehr Lohngleichheit für die Frauen will sie nicht, denn sie belasteten Arbeitgeber angeblich mit zusätzlicher Bürokratie.

Präsidentin Meloni hetzt gegen Arbeitslose. Familienministerin Eugenia Roccella ist eine ultrakonservative Katholikin. Abtreibung, Ehe für alle und Sterbehilfe sind für sie des Teufels. Der neue Erziehungsminister Giuseppe Valditara meint, dass das Römische Reich an Überfremdung zugrunde gegangen sei, und befürchtet ähnliches für Italien. Mit dem neuen Minister für Transport, Matteo Salvini, ist er in bester Gesellschaft. Dieser will Flüchtlinge übers Meer vertreiben, indem er Italiens Häfen dichtmacht. Und Ministerpräsidentin Meloni selbst greift die Arbeitslosenhilfe und die Arbeitslosen an. Sie sollten sich endlich mal um Arbeit bemühen.

EU-MILLIARDEN. Wirtschaftspolitisch gibt sich die Regierung pragmatisch: Steuersenkungen sind zwar Regierungsprogramm, im verschuldeten Italien wären sie aber genauso Sprengstoff, wie sie es im verschuldeten Grossbritannien der zurückgetretenen Liz Truss waren. Auf die von der EU versprochenen Hunderte Milliarden Euro aus dem Investitionsfonds will die neue Regierung nicht verzichten – sonst fällt Italien schnell in eine tiefe Rezession. Der Staat soll zudem weiterhin die Explosion der Energiepreise deckeln – sonst sind Protestbewegungen sicher. Genauso sind Massenbewegungen der Gewerkschaften programmiert, sobald die Regierung mit dem Sozialabbau beginnt. Deshalb wird sich das Gruselkabinett von Giorgia Meloni voraussichtlich austoben, indem es die Rechte von Flüchtlingen, Arbeitslosen und von gesellschaftlichen Minderheiten mit Füssen tritt.

Unia online



Pflegeaktion in Bern

Die Pflegeinitiative wurde angenommen, trotzdem verlassen über 300 Pflegende pro Monat den Beruf. Wir fordern Sofortmassnahmen! Komm an die Pflegeaktion am 26. November 2022, 14.30 Uhr, Bundesplatz Bern. Melde dich an: unia.ch/pflegeaktion

Deutschland: Proteste gegen explodierende Lebenskosten
Der solidarische Herbst fegt durch die Strassen!

Seit Wochen schon demonstrieren in Deutschland Zehntausende gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. Im Bündnis «Solidarischer Herbst» zentral sind die Klimabewegung und die Gewerkschaft Verdi.

CLEMENS STUDER
Die Inflation trifft die Lohnabhängigen in den EU-Ländern noch heftiger als jene in der Schweiz. Momentan liegt sie bei über 10 Prozent. Ursache für die grosse Differenz zur Schweiz ist in erster Linie der andere Energie-Mix. Auch der starke Franken (der allerdings die Exportindustrie gefährdet) spielt eine dämpfende Rolle, weil importierte Produkte trotz höherer Teuerung in der EU nicht in gleichem Mass auf-

«Alles ist teurer geworden! Sag mal, wollen die uns für blöd verkaufen?»
MICHAEL ERDMANN, MÜLL-WERKER UND VERDI-MITGLIED

schlagen in der Schweiz. Doch die Lebenskostenkrise ist in der Schweiz gerade für niedrige und mittlere Einkommen dramatisch. Weil zu den teureren Produkten auch noch die in der Schweiz im Unterschied zur EU mit unsozialen Kopfpförmien finanzierten Krankenkassenprämien explodieren.

VORREITERIN FRANKREICH
Der Europäische Gewerkschaftsbund hat einen Forderungskatalog formuliert. Darin verlangen die europäischen Gewerkschaften vollen Teuerungsausgleich und einen angemessenen Anteil an den Produktivitätsgewinnen der vergangenen Jahre für Lohnabhängige. Mehr Gesamtarbeitsverträge. Höhere Mindestlöhne. Unterstützung für Haushalte mit tiefen Einkommen, damit diese ihre Rechnungen bezahlen können. Abschöpfung der



ECHTE UMVERTEILUNG JETZT! Für das Bündnis «Solidarischer Herbst» gehen soziale Sicherheit und Klimaschutz Hand in Hand. FOTO: VERDI

Krisengewinne der Konzerne und ein Ende der Nahrungsmittelspekulation. Ein Verbot von Energiesperren für Haushalte, die ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können.
Zur Durchsetzung ihrer Forderungen organisieren die Gewerkschaften in unterschiedlichen Aktionsbündnissen nationale Aktionen und Demonstrationen. Eine laufend aktualisierte Übersicht gibt's hier: rebrand.ly/egb-aktionen. Vorreiterin ist Frankreich (work berichtete hier: rebrand.ly/frankreich-teuerungsprotest). In Deutschland besonders aktiv ist die Gewerkschaft Verdi. Sie spielt eine zentrale Rolle im Bündnis «Solidarischer Herbst». Unter dem Motto «Solidarisch durch die Krise – soziale Sicherheit schaffen, fossile Abhängigkeiten beenden. Echte Umverteilung jetzt!» gingen in Berlin, Hannover, Frankfurt am Main, Dresden, Düsseldorf und Stuttgart bereits Zehntausende Menschen auf die Strasse.
«NICHT SPALTEN LASSEN»
Dem Bündnis «Solidarischer Herbst» gehören neben Gewerkschaften auch Organisationen der Zivilgesellschaft und Umweltschutzorganisationen an. Das ist zentral, und bis

jetzt funktioniert dieser Schulterschluss der fortschrittlichen Kräfte. Nach den ersten Demonstrationen hielt das Bündnis fest: «Die Demonstrationen zeigen, dass viele Menschen sich in der Krise nicht spalten lassen und sich eine sozial-ökologische Wende wünschen.» Denn die Bekämpfung der verschiedenen Krisen müsse zusammengedacht werden: «Soziale Sicherheit, Demokratie, Natur- und Klimaschutz gehen Hand in Hand.»
KLARE WORTE
Damit wollen die fortschrittlichen Kräfte verhindern, dass die Lebenshaltungskosten-Krise von rechten Kräften missbraucht wird, wie es bereits bei den Protesten gegen die Folgen der Pandemie-Bekämpfung geschehen ist. Bisher mit einigem, wenn auch nicht durchgängigem Erfolg. Gerade im Osten Deutschlands kommt es immer wieder zu Aufmärschen von Rechten. Die sind zwar zahlenmässig bisher eher bescheiden, bekommen medial aber grosse Aufmerksamkeit.
So breit wie das Bündnis aufgestellt ist, so breit ist auch das Spektrum der an den Kundgebungen auftretenden Rednerinnen und Redner. In Berlin und später in

den sozialen Medien besonders viel Beifall und Aufmerksamkeit bekam das Verdi-Mitglied Michael Erdmann. Er arbeitet seit über 30 Jahren bei der Berliner Stadtreinigung. Der Müll-Werker wählte deutliche Worte und berlinerte sich in Rage: «Viele Unternehmen fahren seit Corona von Krise zu Krise Sondergewinne ein. Die Rüstungskonzerne machen sich mit dem Krieg die Taschen voll. 2021 hat die Regierung 300 Milliarden mehr eingenommen. Wir haben nichts davon abgekliegt. Alles ist teurer geworden, sag mal, wollen die uns für blöd verkaufen, wie dumm oder arrogant muss die Regierung sein, dass die uns nichts von den Milliarden abgeben?»
Verdi will 10 Prozent höhere Löhne. Die Arbeitgeber stellen sich quer. Erdmann: «Haben die nicht mehr alle Latten im Zaun? Wir haben 10 Prozent Inflation. Da ist die volle Durchsetzung der 10-Prozent-Forderung nicht mehr als eine Nullrunde.»
Erdmanns Rede im Video gibt's hier: rebrand.ly/erdmann.
Mehr Details zur Entwicklung des Bündnisses «Solidarischer Herbst» aus gewerkschaftlicher Sicht gibt's hier: rebrand.ly/solidarisch-durch-die-krise.

Teuerung: Das ewige Märchen von der Lohn-Preis-Spirale

Die Krise trifft nicht alle gleich: Während die einen sich entscheiden müssen zwischen Essen oder Heizen, füllen sich andere die Taschen – zum Beispiel der Nahrungsmittelkonzern Nestlé.
CLEMENS STUDER

Unternehmen und rechte Ökonomen behaupten immer: Wenn die Lohnabhängigen den Teuerungsausgleich verlangen,

Nestlé hat die Preise seiner Produkte um 7,5 Prozent erhöht.

lassen sie die Teuerung weiter steigen. Lohn-Preis-Spirale sagen sie dem. Doch davon sind die europäischen Länder ein-

schliesslich der Schweiz weit weg. Sie leiden unter der Gewinn-Preis-Spirale. Weil sich die Konzerne die Taschen füllen.

KRISENGEWINN
Das kommt so: Wer grosse Marktmacht hat, kann die Preise fast nach Gutdünken erhöhen. Das heisst, allenfalls gestiegene Kosten auf die Kundinnen und Kunden abwälzen. Und sogar noch die Gewinne erhöhen. So wie die Energiekonzerne. Allein die fünf grössten Ölmultis verdoppelten ihre Gewinne innert eines Jahres.
Oder wie der Schweizer Multi Nestlé mit Sitz in Vevey, der grösste Nahrungsmittelkonzern der Welt: Zwischen Januar und September machte Nestlé einen Umsatz von mehr als 69 Milliarden Franken. Rech-



MARKTMACHT: Nestlé kann Kosten abwälzen und Preise diktieren. FOTO: ZVG

net man Wechselkursschwankungen und Zukäufe heraus, sind das 8,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese setzen sich zusammen aus 1 Prozent mehr verkaufter Ware – und 7,5 Prozent Preiserhöhungen.
Aktuell liegt die Teuerung in der EU bei über 10 Prozent und in der Schweiz bei über

3 Prozent. Entsprechend weniger sind die realen Löhne wert. Jeder Teuerungsausgleich hinkt der Teuerung hinterher.
LOHNKLAU
Wenn jetzt aber die Unternehmen den Lohnabhängigen den vollen Teuerungsausgleich verweigern, heisst das nichts anderes als Lohnkürzungen. Und dass sich Kapitalbesitzerinnen und -besitzer noch mehr auf dem Buckel der Arbeitenden bereichern. Darum braucht es neben dem vollen Teuerungsausgleich auch Mechanismen, um die Krisengewinne der Konzerne abzuschöpfen. Damit den Staaten mehr Geld zur Verfügung steht, die dramatischen Teuerungsfolgen für niedrige und mittlere Einkommen abzufedern.



«OLÉ, OLÉ, OLÉ, OLÁ, LULA, LULA»: Lulas Sieg stürzt Hunderttausende Brasilianerinnen und Brasilianer in einen Freudentaumel. FOTOS: KEYSTONE

Sensationell: Arbeiterführer Lula drängt Faschist Bolsonaro aus dem Präsidentenamt – und Brasilien tanzt

Lula Presidente!

Vom Metallarbeiter zum Präsidenten zum Häftling zum Präsidenten: die fast unglaubliche Geschichte des Gewerkschafters Lula.

NIKLAS FRANZEN, SÃO PAULO

Luiz Inácio «Lula» da Silva (77) hat ein breites Lächeln im Gesicht, als er um 20.44 Uhr Ortszeit im vollgepackten Auditorium vor die Presse tritt. Man hört Jubel, Fäuste werden in die Luft gereckt, im Chor schallt es «Olé, olé, olé, olá, Lula, Lula». Es ist der 30. Oktober, Wahlsonntag. Wenige Minuten zuvor war in dem schicken Hotel im Zentrum von São Paulo bekannt geworden, dass der ehemalige Gewerkschaftsführer die Stichwahl gegen den rechtsradikalen Amtsinhaber Jair Bolsonaro gewonnen hat.

Nach seiner Rede zieht Lula weiter auf die Avenida Paulista, die bekannteste Strasse der Stadt. Zehntausende haben sich dort versammelt: Ein Meer aus Rot, Feuerwerk kracht in der Luft, es fliessen Freudentränen. Verkäufer preisen T-Shirts mit dem Konterfei Lulas an, auf Grills brutzeln Fleischspiesse. Zélia Lucas Patricio, 57, eine schwarze Frau mit Lula-Stickern auf dem weissen Blazer, ist aus dem armen Randgebiet ins Zentrum gekommen, um den Wahlsieg Lulas zu feiern. «Es ist ein Sieg der Demokratie», sagt sie. Bolsonaro habe nichts für die Vorstadt gemacht, sei ein Präsident der Reichen. Bei Lula sei das anders.

KUPFER-DREHER

Lula stammt aus dem armen Nordosten Brasiliens, entflohen mit seiner Familie dem Hunger, um im Industriegürtel São Paulos ein neues Leben zu beginnen. Ein Klassenzimmer sah er nur für kurze Zeit von innen. Mit 14 fing er an, als Dreher in einer Kupfer-

fabrik zu arbeiten. Dort formte er eine aussergewöhnliche Karriere: Der redegewandte junge Mann brachte es schnell zum Gewerkschaftsführer, organisierte Streiks, hielt flammende Reden vor Werkstoren.

Anfang der 1980er Jahre gründete Lula gemeinsam mit Mitstreiterinnen und Mistreitern eine Partei, die Brasilien nachhaltig verändern sollte: die Arbeiterpartei «Partido dos Trabalhadores». In den dunklen Jahren der Militärdiktatur war sie ein Sammelbecken für oppositionelle Gewerkschafter, sozialistische Katholiken und soziale Bewegungen, und Lula wurde ihr bekanntestes Gesicht. Sein Interesse an Politik, erklärte er später einmal, erwachte bei einem Besuch im brasilianischen Kongress: Von den 433 Abgeordneten kamen nur 2 aus der Arbeiterklasse.

SOZIALPROGRAMME

Das wollte Lula ändern. Dafür musste er nach ganz oben. Dreimal zog er als Spitzenkandidat für die Arbeiterpartei in den Wahlkampf.

Dreimal unterlag er. Vor der Wahl 2002 schlug Lula dann moderatere Töne an und signalisierte: Mit ihm als

Präsidenten werde es keinen radikalen Bruch geben. Vor 20 Jahren schrieb er Geschichte: Der Metallarbeiter wurde zum Präsidenten des grössten Landes Lateinamerikas gewählt.

Für die Armen sollte mit Lulas Wahlsieg eine neue Zeit beginnen. Mit den Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft konnte die Regierung Sozialprogramme finanzieren, 30 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer entkamen der Armut, der Hunger wurde fast komplett beseitigt. Schwarze Vorstadtkinder schrieben sich nun an Universitäten ein, Hausangestellte bekamen erstmals Arbeitsrechte zugesprochen.

KLEINES WUNDER

Dass Lula nun erneut zum Präsidenten gewählt wurde, kommt einem kleinen Wunder gleich. 2017 verurteilte ihn ein Gericht wegen passiver Korruption und Geldwäsche. Der Vorwurf lautete konkret: Der Ex-Gewerkschafter soll einem Baukonzern Staatsaufträge als Gegenleistung für eine Luxuswohnung verschafft haben. Das Urteil stützte sich allein auf Indizien, Beweise konnte die Staatsanwaltschaft nicht präsentieren. Trotzdem kam der frühere Präsident in Haft und konnte damit, anders als ge-

plant, 2018 nicht bei der Wahl antreten. Auf diese Art wurde der Weg frei für Bolsonaro. Doch Brasiliens serienreife Geschichte nahm weitere Volten: 2019 kam Lula aus der Haft frei, und im März 2021 wurden alle Urteile gegen ihn annulliert. Am 1. Januar 2023 wird er als Präsident vereidigt.

Im Wahlkampf gab sich Lula als grosser Versöhner, als Anti-Bolsonaro, als jemand, der das Land wieder zusammenbringen will (work berichtete: rebrand.ly/lula-hoffnung). Doch das wird nicht einfach. Der rechtsradikale Bolsonaro lag zwar hinter Lula, erzielte aber ein sehr gutes Wahlergebnis (49,1 Prozent). Ausserdem schafften etliche Bolsonaro-nahe Kandidatinnen und Kandidaten den Einzug in die Parlamente, und seine Partei wird die stärkste Fraktion in der Abgeordnetenkammer. Lula wird hart um Mehrheiten kämpfen müssen. Er ist sich der Kräfteverhältnisse bewusst und bewegt sich politisch nun deutlich gen Mitte.

GROSSE PLÄNE

Und wie Bolsonaro gilt Lula vielen in Brasilien als Hassfigur. Nach den Jubeljahren dauerte es nicht lange, bis auf Demonstrationen «Lula: ladrão», «Lula: Dieb», gebrüllt und Puppen des Ex-Präsidenten in Häftlingsuniform in die Luft gereckt wurden. Ab 2014 wurde die einst so stolze und populäre Arbeiterpartei zur Projektionsfläche für die Enttäuschung einer ganzen Nation. Mit dem Beginn einer schweren Wirtschaftskrise, vor allem aber nach der Aufdeckung gigantischer Korruptionsskandale galt Lula plötzlich als Kopf eines kriminellen Netzwerks. 2016 wurde Lulas Nachfolgerin und politische Ziehtochter Dilma Rousseff nach einem juristisch fragwürdigen Amtsenthebungsverfahren abgesetzt.

Lula versprach, den Umweltschutz zu einer Priorität zu machen und die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes zu stoppen. Doch wie er seine ambitionierten Pläne genau umsetzen will, verrät er nicht. Oft bleibt er schwammig, viel spricht er über die Vergangenheit, fast schon nostalgisch klingt es gelegentlich. Doch die goldenen Zeiten sind vorbei. Die Fronten sind verhärtet, die Gesellschaft ist gespalten. Der Bolsonarismo wird sich nicht einfach in Luft auflösen, selbst wenn der Namensgeber dieses Phänomens nicht mehr Präsident ist. Ausserdem ist Lula mit seinen 77 Jahren wahrlich nicht mehr der Jüngste. Trotz allem glauben viele, wenn es einer richten kann – dann Lula.



EIN SCHWEIZER REFORMVORSCHLAG FÜR EINE GELÄHMTE UNO

Es klingt paradox: Die Grossmächte verdanken ihr Vetorecht im Uno-Sicherheitsrat dem Massenmörder Adolf Hitler.

Ein Blick zurück: Vom 9. bis zum 12. August 1941 kreuzte das US-amerikanische Kriegsschiff USS

«Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.»

Augusta im sturmgepeitschten Meer vor der Küste von Neufundland. An Bord befanden sich

der britische Premierminister Winston Churchill und US-Präsident Franklin Delano Roosevelt.

HITLERS LEGALE MACHTERGREIFUNG. Die Nazi-Ungeheuer beherrschten damals fast ganz Kontinentaleuropa, die japanischen Faschisten Südostasien. Trotzdem zweifelten Churchill und Roosevelt nicht an ihrem Sieg. Sie schufen die «Atlantik-Charta», das Ursprungsdokument der späteren Uno-Charta.

Roosevelt war für die Errichtung einer neuen, radikal-demokratischen Weltordnung. In einer Generalversammlung sollte jeder Mitgliedstaat das gleiche Stimmrecht haben. Dagegen erinnerte Churchill an Hitlers Machtergreifung im März 1933. Die erdrückende Mehrheit der Abgeordneten des deutschen Parlaments hatte damals für dessen Ermächtigungsgesetz gestimmt. Damit liquidierte sich die demokratische Republik völlig legal selbst. Für Churchill war auch eine radikal-demokratische Uno-Generalversammlung nicht gefeit gegen eine solche Katastrophe. Als Notbremse sollten die fünf Siegermächte ein permanentes Vetorecht erhalten. Churchill setzte sich durch.

Ab dem kommenden Januar und für zwei Jahre wird die Schweiz als eines von zehn nicht permanenten Mitgliedern dem Sicherheitsrat angehören. Die «Sonntagszeitung» des Zürcher «Tages-Anzeigers» hatte die kluge Idee, dem Mathematiker, ETH-Professor und brillanten vormaligen Staatssekretär im Auswärtigen, Michael Ambühl, und seiner Mitarbeiterin, der ETH-Professorin Nora Meier, einen Essay über die Schweiz in ihrer neuen Rolle in Auftrag zu geben. Der Text erschien am 23. Oktober.

EINE NEUE UNO-EXEKUTIVE. Ambühl und Meier argumentieren glasklar und innovativ. Sie stellen die fast völlige Lähmung der Uno in den schrecklichen Kriegen unserer Zeit fest. Die Schweiz sollte deshalb eine doppelte Reform der Uno-Exekutive vorschlagen: die Abschaffung des Vetorechts und eine Neuzusammensetzung des Sicherheitsrates. Künftig sollten seine permanenten Mitglieder nicht mehr aufgrund ihrer historischen Bedeutung, sondern nach den objektiven Kriterien Bevölkerungsanzahl und Bruttoinlandsprodukt bestimmt werden. Ambühl und Meier sind Realisten. Sie wissen, dass kein Veto-Staat freiwillig auf seine Privilegien verzichtet. Aber die Uno-Charta kennt in den Artikeln 108 und 109 die «Allgemeine Konferenz». Sie wird einberufen von zwei Dritteln der 193 Mitgliedstaaten, darunter 9 Mitgliedern des Sicherheitsrates, und erarbeitet eine Reform der Charta. Gegen die Einberufung gilt kein Veto, wohl aber bei einer Ratifizierung möglicher Reformen. Aber da wird der Druck der Weltmeinung wirken. Brecht schreibt: «Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.» Die Schweiz muss die Führungsrolle für die Einberufung der «Allgemeinen Konferenz» ergreifen. So wird sie zur Hoffnung für die sieche Uno.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam dieses Frühlings als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Jean Ziegler über Lula: Die Hoffnung Brasiliens

Im April 2021, kurz nachdem Lula von allen Korruptionsvorwürfen freigesprochen worden war, schrieb Jean Ziegler in seiner work-Kolumne: «Lulas Sozialprogramme verbesserten das Leben von vielen Millionen seiner Landsleute. Jetzt hungern sie wieder.» Hier gibt's die ganze Kolumne zum Nachlesen: rebrand.ly/ziegler-lula.

Iranerinnen und Iraner in der Schweiz:
Zwischen Angst und Aufbruch

Die Unia hat fast 100 Mitglieder aus Iran. Vom Mullah-Regime in der Heimat halten sie gar nichts. Trotzdem schliessen sich nicht alle der weltweiten Protestwelle an. work hat nachgefragt.

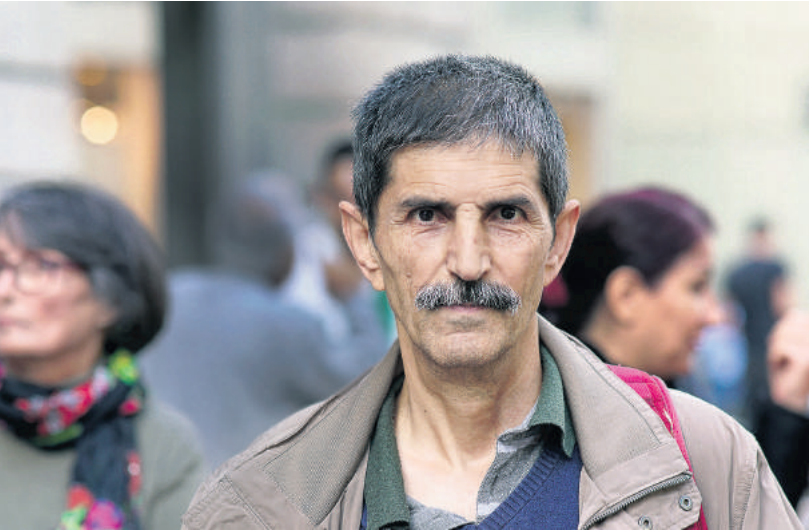
JONAS KOMPOSCH

Der iranische Volksaufstand bewegt weltweit. In Berlin forderten 80000 Menschen den Sturz des Mullah-Regimes. Auch in Bern, Zürich und Genf kommt es wöchentlich zu Demonstrationen, seitdem iranische Sittenpolizisten die junge Mahsa Amini zu Tode geprügelt haben. Organisiert werden die hiesigen Proteste von Menschen wie Siroos Kassraian (67). Der Berner war einst Lehrer und Künstler. Doch die Schergen des islamischen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini warfen ihn ins Gefängnis. Seine Galerie brannten sie nieder. Weil er ein bekannter Linker war, 1988 gelang Kassraian die Flucht in die Schweiz, wo er in einer Fleischfabrik Arbeit fand. Und Gewerkschafter wurde. Heute sagt er: «Es zerreist mir fast das Herz!» Schon über vierzig Jahre dauere die Unterdrückung an. «Jetzt wird es von Tag zu Tag schlimmer!» Die Protestierenden in Iran bräuchten daher dringend internationale Solidarität.

SPIONE TEHERANS

Wie Kassraian dürfte es den meisten seiner 5200 Landsleute in der Schweiz gehen. So zeigt eine work-Umfrage unter den fast 100 Unia-Mitgliedern mit iranischem Pass: Niemand der Befragten unterstützt den ultrakonservativen Präsidenten Ebrahim Raisi. Die Mehrheit der Befragten will sogar eine Revolution! Aber keinesfalls ein Zurück zur Monarchie, die in Iran erst 1979 gestürzt wurde (siehe Artikel rechts), und erst recht keine ausländische Militärintervention.

Einige der Befragten haben Sympathien für die Proteste, glauben aber nicht an ihren Erfolg. Dazu gehört Grafikerin Shima Najati* (39). Sie erklärt: «Die Regierung wird bis zum letzten Blutstropfen kämpfen lassen –



SIROOS KASSRAIAN: Der Exil-Iraner und Unia-Mann organisiert die schweizweiten Proteste gegen das Mullah-Regime mit. FOTO: RAIMOND LÜPKEN

ohne Rücksicht auf Verluste.» An den Protesten hat Najati sich bisher nicht beteiligt. Aber nicht aus Verzweiflung, sondern aus Angst: «Der lange Arm Teherans reicht bis in die Schweiz. Wir werden alle überwacht», ist sie überzeugt. Schon vor Jahren habe die Schweizer Polizei sie vor iranischen Agenten gewarnt. Daher möchte sie ihn

NATIONALE DEMO IN BERN

Der Aufstand in Iran bewegt auch in der Schweiz. Über zwanzig Mahnwachen und Proteste haben bereits stattgefunden, von St. Gallen bis Genf. Doch den Bundesrat lässt das kalt. Er will die EU-Sanktionen gegen das Teheraner Regime nicht übernehmen. Jetzt wird deshalb für eine landesweite Kundgebung mobilisiert: Samstag, 5. November, 14.30 Uhr, Bundesplatz Bern.

ren echten Namen nicht in der Zeitung lesen. Ebenfalls anonym bleiben will Betreuerin Soha Mohammadi* (62). Denn bei ihr reissen die Bilder aus der Heimat alte Wunden auf. Als junge Frau kämpfte sie gegen die Monarchie des US-gestützten Schahs. Eines Tages stürmte der Geheimdienst ihre Wohnung. «Mein Mann wurde hingerichtet, mein Bruder mit Elektroschocks gefoltert», Mohammadi sagt: «Heute ist es fast wie damals. Das macht mich fertig!» Zumal sie keine greifbare politische Alternative sehe.

Skeptisch war zunächst auch Elektromonteur Raouf Arash* (46). Aber das ist vorbei: «Die Bewegung

So machen die Gewerkschaften Druck
Streik an Teherans Lebensader

Irans Protestwelle hat längst auch Fabriken und Raffinerien erreicht. Obwohl das Land kein Streikrecht kennt.

JONAS KOMPOSCH

Über 1000 Streiks und mehr als 4000 Arbeitsproteste seit 2018 – so lautet die letzte Bilanz von HRAI, einer iranischen Dokumentationsstelle für Menschenrechte. Sie beobachtet die Streikbewegungen im 86-Millionen-Land seit Jahren – und stellte schon im April fest: Streiken liegt im Trend! Denn über drei Viertel der gezählten 1000 Arbeitsniederlegungen fanden erst ab 2021 statt. In diesen Zahlen noch nicht enthalten sind die aktuellen Streiks. Über sie dringt nur wenig ins Ausland. Teheran zensiert die Medien massiv und hat überdies Netzwerke wie Youtube, Twitter und Facebook blockiert. Auch Messengerdienste wie Whatsapp sind gesperrt. Komplett dicht ist die Informationsperre aber nicht.

Als am 10. Oktober nach den Lehrerinnen und Lehrern auch Ölarbeiter



MUTIGE ÖLARBEITER: Schon 2021 streikten sie für mehr Lohn. FOTO: NAC

zu streiken begannen, verbreiteten sich entsprechende Internetvideos im Nu. Etwa jenes vom petrochemischen Werk in Asalouyeh in Südiran: Zu sehen sind Hunderte Arbeiter, wie sie Strassensperren errichten und «Tod dem Diktator» rufen. Tags darauf tauchte ein neues Video auf: Streikende Ölarbeiter in Abadan, der grössten Raffinerie des Landes. Auch sie übernahmen eine Parole der protestierenden Jugend: «Es ist das Jahr des Blutes. Khamenei wird gestürzt!»

200 ÖLARBEITER VERHAFTET. Mindestens sechs weitere Grossbetriebe des Öl- und Gassektors schlossen sich an. Vor diesen Arbeitern fürchtet sich das Regime unter Staatschef Khamenei am meisten. Denn sie werken an sei-

ner Lebensader: Gas- und Ölexporte sind die Haupteinnahmequelle Teherans. Aber für Nervosität dürfte auch der Streik in einem der grössten Stahlwerke gesorgt haben. Oder jener in der grössten Zuckerfabrik. Die meisten Streiks dauern aber offenbar nur kurz an. Das hat auch mit der misslichen Lage der Gewerkschaften zu tun.

Organisationsfreiheit existiert nicht in der Islamischen Republik, ein Streikrecht schon gar nicht. Vom Staat anerkannt werden nur sogenannte islamische Räte. Darin haben nicht nur Arbeitende Einsitz, sondern auch Chefs und Staatsvertreter: Ziel ist die «Verbreitung der islamischen Kultur» und das Melden von «Betriebsstörungen und unerwünschten Vorfällen». Ausserdem sollen Mitglieder das Prinzip der religiösen Führerschaft anerkennen. Dennoch konnten sich nie und da auch echte Gewerkschaften bilden. Ihre Exponentinnen und Exponenten leben aber brandgefährlich. Sie riskieren Haft, Folter und sogar die Todesstrafe. Die aktuelle Streikbewegung wollen die Mullahs jedenfalls im Keim erstickten. Laut der Londoner Zeitung «Iran International» hat die Polizei bereits über 200 Streikende verhaftet – kaum zufällig Ölarbeiter.

* Namen geändert



MODERNES ANTLITZ: Hochhäuser prägen das Stadtbild von Teheran.



FRIEDENSTAUBE: Der Atomstreit mit den USA ist auch im Alltag sichtbar.



JAMSESSION: Ein junger Musiker spielt vor einem Kaffee-Mobil in Teheran.

Irans Frauen legen das Kopftuch ab – doch es geht um noch viel mehr:
«Frau, Leben, Freiheit!»

Die Revolte der iranischen Jugend dauert schon fast drei Monate. Streikende Arbeitende und kritische Stimmen im Regime eilen ihr jetzt zu Hilfe. Wird die Revolte zur Revolution? Eine Einordnung.

OLIVER FAHRNI

Ein gewöhnlicher Morgen in der U-Bahn von Teheran. Dicht gedrängt warten Pendler auf den nächsten Zug. Plötzlich ruft eine Frau: «Tod dem Diktator! Tod dem Ayatollah Khamenei!» Andere Frauen und Männer stimmen ein, ein spontaner Sprechchor brandet auf.

Khamenei, 83, dem da der Tod gewünscht wird, ist der Staatschef von Iran. Vor 33 Jahren hatte er Ayatollah Khomeini beerbt, den Gründer der Islamischen Republik. Das Handy-Video aus der Metro machte schnell die Runde. Eine befreundete Ärztin aus Isfahan hat es dem Autor geschickt, zusammen mit einem Clip aus der Stadt Mashad. Er zeigt eine junge Frau mit wehender Mähne, die an eine Mauer schreibt: «Das ist keine Demonstration. Das ist eine Revolution!» Im Hintergrund tönt die persische Version von «Bella Ciao». Kommentar der Ärztin: «Ob es eine Revolution wird? Wir werden sehen. Aber alle hier spüren, dass diesmal etwas anders ist. Ein Bruch ist geschehen. Hinter diesen Oktober kann Iran nicht mehr zurück.»

SPEKTAKULÄRE AKTIONEN

Khamenei und der gewählte konservative Präsident Ebrahim Raisi reagieren mit extremer Brutalität. Polizei und Milizen prügeln, verhaften, schiessen mit Gummikugeln und scharfer Munition, dringen in Schulen, Unis und Spitäler ein. Mindestens 250 Menschen haben sie bereits umgebracht (vorsichtige Schätzung, Stand 28. 10.). Tausende wurden verhaftet, Ungezählte sind «verschunden». Als Mitte Oktober 400 verhaftete Demonstrierende wieder freikamen, berichteten sie von Folter und Vergewaltigungen.

Unmittelbarer Auslöser der Revolte war die Ermordung der 22jährigen Kurdin Mahsa Amini durch die Sittenpolizei. Amini trug angeblich



REVOLTE: Unter Lebensgefahr und angeführt von Frauen versucht die iranische Jugend, die Fesseln zu sprengen. FOTO: DUKAS

ihren Hijab nicht wie vorgeschrieben. Am 16. September starb sie an schweren Kopfverletzungen. Sofort brannte das iranische Kurdistan. In dieser Region kämpfen verschiedene Gruppen und Parteien für die Autonomie, teilweise militärisch und von den USA unterstützt. Die Strategie, regionale Konflikte zu schüren, soll Iran destabilisieren.

In Kurdistan sind Repression und Diskriminierung durch das Regime seit Jahren besonders scharf. Dismal aber blieb der Tod einer Kurdin keine kurdische Angelegenheit. Nach nur drei

Was hier geschieht, ist nicht in erster Linie eine feministische Revolution, sondern der Aufstand einer Nation.

Tagen hatte der Protest bereits das ganze Land erfasst, sogar Städte wie Qom, wo die grossen theologischen Universitäten des schiitischen Islam liegen, oder Mashad, das Zentrum der finanziell mächtigen religiösen Stiftungen. Seit er flammt die Revolte immer wieder neu auf, selten in Massendemonstrationen, meist in vielen kleineren, mobilen Flashmobs und anderen spektakulären Aktionen. Eine Gruppe, die sich «Alis Gerechtigkeit» nennt, hackte und kaperte das staatliche Fernsehen mit einer Protesteinspielung («Khamenei hat Blut an den Händen»). In Teheran liefen Männer der Polizei entgegen, fielen auf die Knie, rissen ihre Hemden auf und riefen: «Schiess!»

STREIKWELLEN

Weil der Widerstand bisher keine politischen Strukturen und Führungsfiguren hervorgebracht hat, ist er für das Regime nur schwer zu packen. Zunehmend nervös beobachten die Berater des Präsidenten und die mächtigen «Revolutionsgarden», die längst ein Staat im Staat

sind, wie die Bewegung breiter wird. Erst gingen die gewerkschaftlich gut organisierten Lehrerinnen und Lehrer in Streik. Sie hatten schon im Januar für bessere Löhne demonstriert. Basari, die eigentlich systemtreuen Händler des Basars, machten ihre Läden tageweise dicht. Busfahrerinnen, Trucker, Bauarbeiter, Ärztinnen und Ärzte folgten. Am 10. Oktober begannen die Streiks in der wirtschaftlich wichtigen Erdöl- und Gasindustrie (siehe Artikel unten links). Das waren starke Signale: Basari und streikende Ölarbeitende hatten 1979 den Sturz des feudalistischen Schah-Regimes eingeleitet.

Genauer betrachtet sind die Arbeitskämpfe und Proteste in den vergangenen drei Jahren nie wirklich abgerissen. Immer stärkere Teile der iranischen Gesellschaft drängen auf einen fundamentalen Systemwechsel. 300 Uni-Professoren unterschrieben einen Protestaufruf, Sportlerinnen, Fussballer, Filmemacherinnen, Musiker wie der Protestrapper Salehi unterstützen den Aufstand. Und die Listen der Getöteten zeigen: Von Beginn weg hatten sich viele junge Männer dem Kampf der Frauen angeschlossen.

SANKTIONEN TREFFEN DIE BEVÖLKERUNG

Kein Wunder. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 23 Prozent, die Armutsquote bei über 40 Prozent. Unter der hohen Inflation (43 Prozent derzeit) wächst sie rasch. Diese kritische soziale, wirtschaftliche und politische Lage ist zum einen den US-Sanktionen geschuldet, zum anderen ist sie hausgemacht.

Die amerikanische Blockadepolitik (mal offen, mal maskiert führen die USA seit 43 Jahren Krieg gegen Iran) bindet das grosse Land mit seinem enormen ökonomischen und kulturellen Potential immer wieder zurück. Sanktionen zielen auf die Bevölkerung, nie auf die Machthaber, die in den offiziellen Sanktionslisten stehen. Die Oberschicht hat sich über die letzten Jahre enorm bereichert. Vor allem die Militärs –

zuvordest die Chefs der Revolutionsgarde – haben im Rahmen von Privatisierungen und Kriegswirtschaft die Kontrolle über weite Teile der Wirtschaft gekapert. Verschärft durch die rabiat neoliberale Politik der Regierung, verarmten die breiten Mittelschichten, die nach dem Ende des irakischen Aggressionskrieges (1980 bis 1988, 1 Million Tote) zu einigem Wohlstand gekommen waren. Ihr Abstieg hatte schon 2009 die «Grüne Bewegung» ausgelöst, einen Aufstand dieser Mittelschasse.

ESKALATION DURCH TRUMP

Das Verhältnis zum Westen prägt die innenpolitischen Machtverhältnisse stark. Iran ist eine Republik mit komplexen Regeln, (noch) keine Militärdiktatur wie Nachbar Pakistan und kein effizient durchkontrollierter Einparteiensstaat wie China. Phasen der Repression weichen regelmässig gesellschaftlichen Kompromissen. Seit 1979 waren die Iranerinnen und Iraner 32 Mal an der Urne. Wirklich frei waren die Wahlen selten, doch regelmässig brachten sie auch Reformkräfte an die Macht. Wer etwa 2015, nach dem Abkommen über das iranische Atomprogramm, in Teheran war, erlebte rege öffentliche Debatten und animiertes Kultur- und Gesellschaftsleben. Die Sittenpolizei wagte sich nicht mehr aus ihren Kasernen, die Revolutionsgarden waren im Irak, in Syrien und Libanon mit dem Kampf gegen den Islamischen Staat beschäftigt. Doch 2018 zerriss US-Präsident Donald Trump den Atomdeal, verschärfte die Sanktionen, die Europäer kuschelten, und zum Jahresbeginn 2020 liess Trump den militärischen Chefstrategen von Iran, General Ghassem Soleimani, umbringen. Sofort verhärte sich das Teheraner Regime. 2021 wurde Raisi gewählt, der Mann der reaktionärsten Fraktionen – bei historisch tiefer Stimmbeteiligung.

So hat sich eine brisante Mischung zusammengebraut: Die Wirtschaftskrise, die soziale



ETHNISCH VIELFÄLTIG: Iran bildet die Brücke zwischen Nahem Osten und indischem Subkontinent. Es bindet mit 89 Millionen Menschen viele Ethnien ein. Die iranischen Kurden ringen für eine autonome Region. GRAFIK: WORK

Krise, die US-Blockade und der beschleunigte Fall der Mittelschasse kommen mit der Revolte einer Jugend zusammen, die sehr gut ausgebildet ist, aber weder Jobs noch Lebensperspektiven findet. Und dies alles unter einem Regime, das die Sittenpolizei wieder auf die Strassen schickt.

INNERER MACHTKAMPF

Kein Zufall, hat sich der Aufstand am Kopftuch entzündet. Alle autoritäre Ideologie, nicht nur in der islamischen Welt, ist um die Unterdrückung der Frau gebaut. Kriselt eine Herrschaft, dann erst recht. Staatschef Khamenei macht die Verhüllung der Haare zum einzigen, alles entscheidenden Streitpunkt. Er schwenkt den Fetzen Tuch wie eine Fahne. Iranen täuscht er damit nicht mehr: «Lass mich mit dem Gerede vom Hijab in Ruhe!» sagte dieser Tage eine Soziologin und linke Feministin, «wir iranische Frauen stehen zuvorderst, weil wir heute besser ausgebildet und strukturiert sind als die Männer. Wir kämpfen um unsere Rechte. Aber was hier geschieht, ist nicht in erster Linie eine feministische Revolution, sondern der Aufstand einer ganzen Nation, quer durch alle Schichten, gegen ein korruptes System. Wir wollen leben.» Später schiebt sie per SMS nach: «Übrigens haben hier nicht mehr die Turbane das Sagen, sondern die Uniformmützen.» Also die Militärs.

Inzwischen melden sich immer mehr kritische Stimmen aus dem Innern der Macht, die bezweifeln, dass diese Krise mit Polizeigewalt gelöst werden könne. Sie mahnen Reformen an. Im Hintergrund zeichnet sich der Machtkampf um die Nachfolge des greisen, kranken Khamenei ab. Hossein Salami, Chef der Revolutionsgarde, die sich bisher nicht an der Unterdrückung der Revolte beteiligt hatte, meldete jetzt seine Ambitionen an in Form einer Drohung. Am 29. Oktober schrieb er: «Heute ist der letzte Tag, da Demonstrationen geduldet werden.»



Nachhaltiges Wachstum: Das Ende des Kapitalismus?

Die deutsche Journalistin Ulrike Herrmann hat einen spannenden Polit-Bestseller geschrieben, in dem sie für einen staatlich gesteuerten Schrumpf-Kapitalismus plädiert. Nach dem Vorbild Grossbritanniens während des Zweiten Weltkrieges. Diese Suppe ess' ich lieber nicht.

In der Zeit der Wiederentdeckung des Marxismus galt für die bewegte Jugend der 1968er Jahre: Der Hauptwiderspruch im Kapitalismus ist jener zwischen Arbeit und Kapital. Fast alle freuten sich damals auf die Entwicklung der Produktivkräfte, wenn die Fesseln des real existierenden Kapitalismus erst einmal gesprengt wären. Also auf die Entwicklung aller technischen, organisatorischen und geistig-wissenschaftlichen Ressourcen, die der Gesellschaft zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Am Wachstum, das allen zugute kommen sollte, zweifelten nur wenige. Inzwischen wissen auch die Optimistinnen und Optimisten unter uns, dass alles komplizierter war und bleibt.

SCHRUMPFWIRTSCHAFT. Die deutsche taz-Redaktorin und Publizistin Ulrike Herrmann hat nun einen Bestseller zum Thema geschrieben. Titel: «Das Ende des Kapitalismus». Ihre These: Nachhaltiges Wachstum sei eine Illusion. Das könne nicht funktionie-



UMSTRITTENE THESE: Autorin Ulrike Herrmann findet, dass nachhaltiges Wachstum eine Illusion sei – und auch mehr Velofahren nichts bringe. FOTO: IMAGO

ren. Die Wirtschaft müsse schrumpfen. Konkreter: Wir müssten das Fliegen verbieten. Denn synthetische Kraftstoffe lösen das Problem nicht. Weil die Kondensstreifen bleiben würden. Wenn es nach Herrmann geht, dürfen wir keine neuen Häuser mehr bauen. Stattdessen müssen wir den bestehenden Baubestand renovieren. Autos braucht es ihrer Meinung nach auch nicht. Und Velos würden es ebenfalls nicht bringen, weil mehr Velos nicht zu weniger Autos führten. Herrmann fordert, dass wir uns alle nur noch zu Fuss, mit dem Bus oder der Bahn bewegen.

Herrmanns Vorbild ist die britische Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg. Sie verwaltete die Mangelsituation dank Planwirtschaft in und mit dem Kapitalismus halbwegs zufriedenstellend. Mann und Frau könnten auch mit weniger glücklicher, da stressfreier leben, so Herrmann. Wir alle, auch die Grünen unter uns, würden die Welt mit der Forderung nach qualitativem Wachstum ins ökologische Verderben stürzen. Es fehle bis heute an Ökonominen und Ökonomen, die diesen vom Wachstum entkernten Kapitalismus konzeptionell entwerfen würden. Alles somit ganz anders, als in dieser

Rosa-Zukunft-Rubrik immer wieder postuliert wird. Am meisten lernen wir bekanntlich von jenen, die andere Positionen vertreten. Also von unseren Kritikerinnen und Kritikern. Besonders, wenn diese – wie Ulrike Herrmann – äusserst faktenreich argumentieren.

Antithese 1: Herrmann hat recht. Wir können uns nicht Zeit lassen bis 2045 oder 2050, um in Sachen CO₂-Ausstoss das Ziel Netto-null zu erreichen. Dieses müsste – wenn schon, dann schon – innert zehn Jahren erreicht werden.

Antithese 2: Elektroautos brauchen viel mehr Metalle, Lithium und seltene Erden als Verbrenner von Benzin und Diesel. Deshalb bräuchte die Schweiz auch nicht 4 Millionen Autos, die während 23 Stunden ungenutzt herumstehen. 400 000 autonom gesteuerte fahrbare Untersätze würden reichen. Wenn es bei den Batterien nicht bald zu einem Durchbruch kommt, müssen die Autos vielleicht laufend mittels in die Strassen zu verlegender Elektrosulen aufgeladen werden.

Antithese 3: Unsere bestehenden Speicherseen sind Batterien, in denen wir 8 Milliarden Kilowattstunden speichern können. Dazu kommen die beiden modernsten Pumpspeichwerke Europas Linth-Limmern im Glarner Hinterland (siehe Seite 18) und Nant de Drance in den Walliser Alpen. Und vielleicht stehen uns dank Speichern, die Sand, Schotter oder Kalk auf über 1000 Grad erhitzen, nächstens weitere metallfreie

Wärme- und Stromspeicher zu Verfügung.

Antithese 4: Es ist vermutlich sinnvoller, den weitgehend verlotterten Schweizer Gebäudebestand zumindest teilweise abzubauen und durch Plus-Energiebauten der nächsten Generation zu ersetzen. Anstatt zu viel in das Retrofitten der Gebäude zu stecken.

Keine Antithese: Das mit dem Fliegen über mittlere und längere Distanzen ist leider ein Problem mit bisher keiner Lösung. Vielleicht werden wir den Marsch zurück zu Propellermaschinen antreten müssen, die ihrerseits von Wasserstoff-Brennstoffzellen angetrieben werden.



Ulrike Herrmann: **Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden.** 352 Seiten. Kiepenheuer & Witsch. September 2022.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/herrmann-buch
Hier stellt die deutsche Publizistin Ulrike Herrmann ihren neuen Bestseller vor.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch

INSERAT



Für Arbeitende und Aufbauende. Gegen Abbauer und Abzocker.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit
für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Historikerin enthüllt dunkles Kapitel über die Ems-Chemie: Nylon, Napalm, Nazi-Freunde

Die Firmengeschichte der Ems-Chemie gleicht einem Krimi. Historikerin Regula Bochsler arbeitet in ihrem neu erschienenen Buch «Nylon und Napalm» die Geschäfte der Ems-Chemie auf, die heute dem Blocher-Clan gehört. Die aufwendige Recherche zeigt: Familie Blochers Goldgrube ist mehr braun als goldig.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Gefälschte Pässe, Spionage, geschmierte Beamte und Nazis als Berater. Was wie ein spannender Krimi klingt, gehört zur Firmenhistorie der Ems-Chemie. Die Historikerin und Journalistin Regula Bochsler arbeitet in ihrem neu erschienenen Buch «Nylon und Napalm» die Geschäfte der Ems-Chemie auf, die heute dem Blocher-Clan gehört. Die aufwendige Recherche zeigt: Familie Blochers Goldgrube ist mehr braun als goldig.

In ihrer vierjährigen Recherche gelang es Bochsler, brisante Informationen zum Konzern herauszufinden, jedoch

Mit Geld vom Bund stellte die Chemiefabrik Napalm her.

ohne das Firmenarchiv der Ems-Chemie jemals betreten zu haben. Der Zugang zum Ems-Archiv blieb Bochsler auch nach mehrmaligen Anfragen

verwehrt. Auch das zweistündige Gespräch mit SVP-Doyen Christoph Blocher war laut Autorin ernüchternd. Der Altbundesrat und ehemalige Chef des Chemiewerks stellte sich ahnungslos und wettete lieber über linke Historiker.

DIE NAZIS

Wie work bereits berichtete (rebrand.ly/sauchalibe) waren Chemiker aus dem nationalsozialistischen Deutschland in den Anfängen der Ems-Chemie wichtige Drahtzieher. Namentlich die zwei Top-Chemiker Johann Giesen und Friedrich Kadgien. Beide waren bei der I. G. Farben tätig, einem Nazi-vertrauten Betrieb, der im Werk bei Auschwitz KZ-Gefangene unter brutalsten Bedingungen und bis zum Tod zur Arbeit zwang. Der Aufenthalt von Oswalds Nazi-Freunden in der Schweiz wurde auch fragwürdig abgewickelt, nämlich mit der Bestechung von Beamten und engen Verflechtungen mit hochrangigen Politikern, wie das Buch von Bochsler aufdeckt.

Regula Bochsler: Autorin und Rechercheurin

Regula Bochsler, geboren 1958 in Zürich, ist Schweizer Historikerin. Nach ihrer Dissertation in allgemeiner Geschichte arbeitete sie viele Jahre als Journalistin bei SRF. Heute ist sie freie Autorin, Historikerin und Künstlerin.



RAUCHENDE SCHORNSTEINE: Die Hovag-Fabrik um 1955. Hier produzierte die Vorgängerin der heutigen Ems-Chemie während des Koreakriegs Napalm nach eigener Rezeptur, Opalm genannt. FOTO: ETH-BIBLIOTHEK ZÜRICH

Kurz nach der Gründung der Holzverzuckerungs-AG im Jahr 1936, so der frühere Firmenname der Ems-Chemie, pflegte der Gründer Werner Oswald Kontakt zu Hitlerdeutschland. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges holte er sich neben den Top-Chemikern auch Ernst Fischer als Berater zur Seite, einen engen Vertrauten Hermann Görings, des Oberbefehlshabers der Nazi-Luftwaffe. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges musste sich die Holzverzuckerungs-AG, kurz Hovag, neu orientieren. Bis dahin produzierte das Chemiewerk das «Emser Wasser», eine gestreckte Benzinvariante, die von der öffentlichen Hand finanziert wurde. Dabei wurde dem Benzin Alkohol aus Holz beigelegt. Während des Kriegs war die Schweiz darauf angewiesen. Doch nun lief der Treibstoffimport wieder an.

DAS NAPALM

Mit den Chemikern aus Nazideutschland tüftelte Oswald daher an neuen Geschäftszweigen. Auch Spionage verhalf ihnen zu neuen Ideen. Auf diesem Weg kam die Nylonproduktion nach Ems. Doch bald öffnete sich ein noch lukrativerer Geschäftszweig: die Waffenproduktion.

Im Koreakrieg (von 1950 bis 1953) wurde eine neue und äusserst tödliche Waffe eingesetzt: Napalm. Die mit Napalm angereicherten Bomben und Flammenwerfer töteten im Koreakrieg Millionen Menschen. Das schreckte Hovag-Chef Oswald nicht ab, ins Waffengeschäft einzusteigen. Mit seinem

Chemiewerk waren alle Voraussetzungen geschaffen, um Napalm zu produzieren. Auch der Bund lenkte ein und gewährte der Firma einen Rüstungskredit. Mit Hilfe ihrer Chemiker gelang es der Hovag innert kurzer Zeit, Napalm zu produzieren oder, wie sie es wegen einer geheimen Rezeptur nannten: Opalm. Von diesen Projekten will Christoph Blocher erst 2020 erfahren haben, wie er Historikerin Regula Bochsler im Gespräch sagte.

DIE NEUGIER

Auf über 500 Seiten deckt die Historikerin noch viele weitere, teilweise fast unglaubliche Geschichten auf. Was jedoch bereits im Vorwort klar wird: Die Geheimnistuerei von Werner Oswald war keine mysteriöse Charaktereigenschaft eines tüchtigen Geschäftsmannes, sondern taktisch und einzig für sein Eigenwohl. Denn an den Händen des Gründers klebte Blut.

Das Buch «Nylon und Napalm» hat das Potential, alle in den Lesebann zu ziehen – egal ob man sich für Politik, Geschichte oder Chemie interessiert. Auch passionierten Krimleserinnen und -lesern wird dieses Buch gefallen. Denn die Firmengeschichte der Ems-Chemie bietet das ganze Programm, übermächtige Bösewichte inklusive.

Regula Bochsler: **Nylon und Napalm. Die Geschäfte der Emser Werke und ihres Gründers Werner Oswald.** Verlag Hier und Jetzt, Baden 2022, ca. Fr. 50.–.

work1x1 der wirtschaft

Hans Baumann



STEIGENDES ARBEITSVOLUMEN: FRAUEN LEISTEN AM MEISTEN

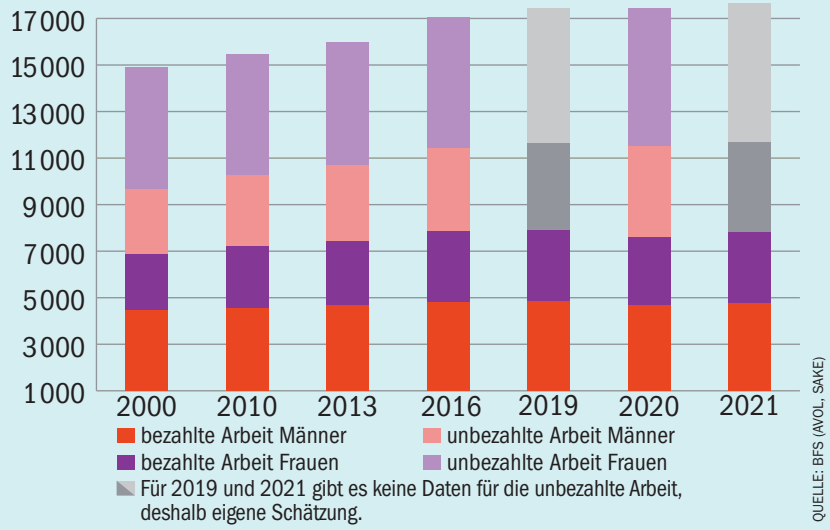
Das Arbeitsvolumen, also das Total aller geleisteten Arbeitsstunden, nahm in der Schweiz im letzten Jahr wieder deutlich zu. 2021 wurden 7,8 Milliarden bezahlte Arbeitsstunden geleistet, ein Plus von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Allerdings wurde damit noch nicht ganz wieder der Stand von vor der Pandemie erreicht. Im ersten Pandemie-jahr 2020 gingen die geleisteten bezahlten Arbeitsstunden nämlich stark zurück. Dies vor allem wegen der nötigen Kurzarbeit und anderer, krankheitsbedingter Absenzen.

MEHR CARE-ARBEIT. Die Zahl der unbezahlten Arbeitsstunden – also der Haus-, Familien- und Freiwilligenarbeit – erreichte im Pandemiejahr 2020 hingegen mit 9,8 Milliarden Stunden einen neuen Höchststand. Dies ist nicht verwunderlich, mussten doch in der Pandemie nicht nur im Gesundheitssektor, sondern auch innerhalb der Familie mehr Menschen gepflegt und betreut werden. Laut Schätzungen ist diese Zahl 2021 ähnlich hoch geblieben (siehe

Grafik). Demnach werden in der Schweiz pro Jahr rund 2 Milliarden Stunden mehr unbezahlte als bezahlte Arbeit geleistet.

GESCHLECHTERGRABEN. In den letzten 20 Jahren zeigt die Entwicklung des Arbeitsvolumens eine deutliche Zunahme der bezahlten Arbeit, trotz einem geringen, aber kontinuierlichen Rückgang der Wochen- bzw. Jahresarbeitszeit. Zurückzuführen ist das vor allem auf eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und auf die Zuwanderung von Erwerbstätigen. Bemerkenswert ist aber auch hier der Vergleich zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit: Das Volumen der unbezahlten Arbeit ist seit der Jahrtausendwende viel stärker angestiegen als dasjenige der bezahlten Arbeit. Nämlich um über 22 Prozent gegenüber gut 13 Prozent bei der bezahlten Arbeit. Mit 5,9 Milliarden Stunden leisten Frauen einen viel grösseren Anteil der unbezahlten Arbeit als Männer (3,9 Milliarden Stunden), auch wenn ihr Anteil sich in den letzten 20 Jah-

Arbeitsvolumen der bezahlten und unbezahlten Arbeit (in Millionen Stunden)



ren leicht erhöht hat. Auch bei der Gesamtzahl aller geleisteten Arbeitsstunden liegen die Frauen mit fast 9 Milliarden Stunden gegenüber den Männern mit rund 8,7 Milliarden Stunden vorne. Sicher ist: Ohne die unbezahlte Familien- und Hausarbeit

würde wohl gar nichts mehr gehen. Sie ist unentbehrlich für das Funktionieren unserer Wirtschaft, unserer Gesellschaft und für unseren Wohlstand.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Marxismus

Roter Spuk an Unis

Lustig ist der «Nebelspalter» längst nicht mehr. Denn konservative Eiferer haben das einstige Satireheft gekauft und zum rechten Meinungsblog verhunzt. Doch jüngst sorgte der «Nebi» wieder für Lacher: «Radikale Marxisten» würden die Schweizer Universitäten unterwandern! «Kommunistisch gesinnte Geister» missbrauchten frech die heiligen Hallen der Wissenschaft. Nicht einmal vor «Aufwiegelung zu Aufständen» schreckten die Studis zurück. Der Beweis: ein unbewilligtes Plakat, das an der Uni Bern für die «Marxistische Herbstschule» wirbt. Hinter diesem Verbrechen steckt «Der Funke», eine trotzkistische Gruppe, die sich als «marxistische Strömung in Juso und Gewerkschaften» versteht. Doch wie heiss ist der Funke wirklich? Wer's wissen will, besucht die «Herbstschule» am besten selbst. Brennende Fragen und hitzige Diskussionen sind garantiert. Aber Achtung vor roten Gespenstern!

Marxistische Herbstschule, 5. und 6. November, Bern Bethlehem. Programm unter: rebrand.ly/herbst2022

Neuer «Widerspruch» Und nie vergessen!

Soll man den Sklaverei-Profitteur Alfred Escher vom Sockel stossen? Was steckt hinter dem Märtyrerkult der Rojava-Revolution? Warum ist es wichtig, Femizid-Opfer beim Namen zu nennen? Und weshalb fordern Saisonierstatut-Betroffene jetzt eine Entschuldigung der Schweiz? Zu all dem liefert die neue Ausgabe des «Widerspruchs» Antworten und wichtige Denkanstösse. Denn die Debattenzeitschrift der Schweizer Linken widmet sich diesmal ganz der Erinnerungspolitik, einem hart umkämpften Themenfeld. Schliesslich ist unser kollektives Gedächtnis eine hochpolitische Sache. Und das Vergessen erst recht!



Widerspruch – Beiträge zu sozialistischer Politik, Heft 79, *Erinnern für Gegenwart und Zukunft*, Rotpunktverlag, Zürich 2022. Das 224 Seiten starke Heft von 31 Autorinnen und Autoren gibt's für 25 Franken bei www.widerspruch.ch.

Länderindex

Mordmotiv Gewerkschaft

Immer mehr Gewalt in immer mehr Ländern. So lässt sich die zentrale Erkenntnis des neuen Länderindexes des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zusammenfassen. Der Bericht analysiert jährlich, wie es um die Rechte der arbeitenden Bevölkerung weltweit steht. Die Tendenz zeigt deutlich nach unten: In 74 Prozent aller Länder wird den Lohnabhängigen das Menschenrecht auf die Gründung einer Gewerkschaft und den Beitritt dazu verwehrt. In 13 Ländern wurden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sogar gezielt ermordet. Und damit in sieben Ländern mehr als noch 2021. Wo es am schlimmsten ist und warum, zeigt der IGB jetzt auch mit einer detaillierten Onlinekarte.

Länderindex und Karte zu Gewerkschaftsrechten auf: rebrand.ly/IGB2022



Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Praktikum: Wie hoch ist das Taggeld bei einem Unfall?

Mein 16jähriger Sohn überlegt sich, die Lehre zum Fachmann Betreuung zu machen. Dafür macht er derzeit ein Praktikum in einer Kita im Kanton Bern. Dort verdient er 800 Franken pro Monat. Kürzlich hatte er einen Unfall und war den ganzen September arbeitsunfähig. Nun ist die Lohnabrechnung gekommen. Dort steht, dass unser Sohn 974.90 Franken Unfalltaggelder erhalte. Also einen Betrag, der höher ist als der Lohn. Ich dachte aber, die Unfallversicherung zahle nur 80 Prozent des Lohnes. Muss mein Sohn dem Arbeitgeber nun etwas zurückbezahlen?

MYRIAM MUFF: Nein. Es stimmt zwar, dass das Taggeld laut Gesetz 80 Prozent des versicherten Verdienstes beträgt. Für Praktikantinnen und Praktikanten gilt jedoch eine Spezialbestimmung. Ihnen wird vor Vollendung des 20. Altersjahrs mindestens 10 Prozent des Höchstbetrages des versicherten Tagesverdienstes und davon wiederum 80 Prozent als Unfalltaggeld ausbezahlt. Der Höchstbetrag des versicherten Verdienstes liegt laut Gesetz bei 148'200 Franken im Jahr bzw. 406 Franken pro Tag. Für Ihren 16jährigen Sohn ergibt dies nach obiger Berechnung ein Taggeld von 32.48 Franken. Da der September 30 Tage hat, hat Ihr Sohn deshalb zu Recht 974.40 Franken erhalten. Zurückbezahlen muss er nichts. Damit ist aber auch gleich gesagt, dass der Praktikumslohn Ihres Sohnes sehr tief ist. Immerhin gibt es heutzutage in mehreren Kantonen Regelungen, die verbieten, dass Praktikantinnen und Praktikanten beliebig lange zu Tiefstlöhnen angestellt werden. Im Kanton Bern zum Beispiel. Hier gilt: Hat Ihr Sohn eine Zusage für eine Lehre, darf das Praktikum maximal ein Jahr dauern. Ansonsten maximal 6 Monate. Danach gilt ein Monatslohn für Ungelernte von mindestens 3000 Franken. Diese Regelung kann allerdings je nach Kanton anders ausfallen.

Haftung: Darf der Chef einen Schaden vom Lohn abziehen?

Mein Chef hat mir 200 Franken vom Lohn abgezogen, weil die Gästegruppe, die ich als Serviceangestellte im Restaurant bedient habe, ihre Getränke nicht bezahlt hat. Nachdem die Gäste über eineinhalb Stunden auf ihr Essen hatten warten müssen, verliessen sie das Lokal, ohne zu bezahlen. Ich bin mir keiner Schuld bewusst, da ich die Gruppe immer wieder vertröstet und mich um sie gekümmert habe. Darf mir mein Chef deshalb das Geld einfach vom Lohn abziehen?

MYRIAM MUFF: Nein. Die Haftung der Arbeitnehmenden ist in Art. 321e OR geregelt. Sie basiert auf vier Säulen, die alle gegeben sein müssen, damit eine Haftung überhaupt in Frage kommt. Fehlt auch nur eine davon, ist eine Haftung von vornherein ausgeschlossen. Diese vier Säulen der Haftung sind: 1. das Vorliegen einer **Vertragsverletzung** (durch den Arbeitnehmer), 2. das Vorliegen eines **Schadens**, 3. **der Zusammenhang** zwischen Vertragsverletzung und Schaden 4. sowie ein **Verschulden** des Arbeitnehmers (fahrlässiges oder vorsätzliches Verhalten des Angestellten). Im konkreten Fall dürfte Ihr Arbeitgeber nicht beweisen können, dass die Gästegruppe das Restaurant verlassen hat, weil Sie Ihre arbeitsrechtlichen Pflichten verletzt haben. Ihr Chef darf Ihnen die nicht bezahlten Getränke somit auch nicht vom Lohn abziehen.

Maske tragen, testen, impfen, zertifizieren? Wie Sie sich jetzt gegen Infektion und schwere Erkrankung schützen

Nicht zu Hause bleiben. Aber vorsichtig!

Steht uns ein strenger Pandemiewinter bevor? Niemand weiss das so genau. Das Virus bleibt unberechenbar. Was Sie jetzt zu Ihrem Schutz unternehmen können und was bei der Arbeit gilt.

MARTIN JAKOB

Wir hatten Angst. Wir blieben zu Hause. Und gingen wir ausser Haus, schmierten wir die Hände mit übelriechenden Desinfektionsmitteln ein, trugen Masken und wichen zwei Schritte zurück, wenn irgendwelche Ignoranten uns zu nahe auf den Pelz rückten. Die meisten standen Schlange im Impfzentrum, manche lagen danach einen Tag lang flach. «Ein gutes Zeichen!» hiess es dann, «jetzt produziert Ihr Immunsystem Antikörper.»

DAUERGAST CORONA

Nicht alle litten bloss unter Nebenwirkungen oder kamen mit einem milden Krankheitsverlauf davon: In der Schweiz allein starben bisher gegen 14'000 Menschen mit laborbestätigter Infektion. Auf dem Höhepunkt im Spätherbst

Die neueren Varianten des Virus sind leichter übertragbar.

2020 waren es bis zu 100 täglich. Und jetzt? 97 Prozent der Schweizer Bevölkerung haben Antikörper gegen Covid im Blut, sind also geimpft oder genesen. Harmlos ist die Lage trotzdem nicht. Die derzeit dominante Virusvariante BA.5 führt zwar zu weniger schweren Verläufen, ist aber hochansteckend und verschont auch Geimpfte und Genesene nicht mit Sicherheit.

Noch immer stehen um die drei Todesfälle pro Tag im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Infektion. Und der seit Mitte September verzeichnete Anstieg neuer Fälle flacht im Moment zwar wieder ab, doch gehen die Expertinnen und Experten von einer hohen Dunkelziffer aus. Denn der Anteil der Tests mit positivem Ausgang ist mit über 40 Prozent sehr hoch. «Wir treten in eine neue Phase der Pandemie ein», sagt der britische Seuchenexperte Jeremy Farrar im deutschen Nach-

richtenmagazin «Der Spiegel». Die neueren Varianten des Virus seien so leicht übertragbar, dass sie ständig in der Bevölkerung zirkulierten. Es bleibe weiterhin wichtig, alles zu unternehmen, um Infektionen möglichst zu vermeiden: «Sonst lassen wir es zu, dass dieses Virus weiterhin Milliarden und Abermilliarden von Kopien (...) hervorbringt. Und jedes einzelne Virus hat die Möglichkeit, gegen unsere Impfstoffe und unsere Immunabwehr immun zu werden.»

VORSICHT UND RÜCKSICHT

Nach wie vor empfehlenswert ist die Einhaltung jener Regeln, die uns beim Ausbruch der Pandemie eingebleut worden sind: eine gründliche Handhygiene, ins Taschentuch oder in die Armbeuge husten und niesen und mehrmals täglich lüften. Vermeiden Sie ausserdem weiterhin Handschüttelorgien! Und tragen Sie Maske, wo sich viele Leute auf besonders wenig Raum versammeln – im ÖV, im gut besuchten Supermarkt oder im Kino –, aber auch in der Nähe besonders gefährdeter Personen.

TESTEN BEI SYMPTOMEN

Brummt der Kopf? Schmerzen die Glieder? Meldet sich Husten? Läuft die Nase? Nach wie vor sollten besonders gefährdete Personen (ab 65, chronisch krank oder schwanger) bei Symptomen wie diesen zum PCR-Test oder Schnelltest gehen. Für nicht besonders gefährdete Personen spricht das Bundesamt für Gesundheit (BAG) keine dringliche Testempfehlung mehr aus. Testen sollten Sie aber, sobald Sie die Symptome als hartnäckig oder gravierend empfinden oder falls Sie regelmässigen Umgang mit gefährdeten Personen haben.

Der PCR-Test ist bei Symptomen, nach Kontakt zu einer positiv getesteten Person oder auf ärztliche Anordnung kostenlos. Der Schnelltest ist für alle gratis. Selbst zu bezahlen sind PCR-Tests, falls keine der obengenannten Voraus-



WORKTIPP

ZAHLNEN, BITTE

Wie entwickelt sich die Pandemie? Hier die Websites, über die Sie sich jederzeit ein aktuelles Bild der Lage machen können.

SCHWEIZ:

rebrand.ly/covid19schweiz (Bundesamt für Gesundheit)

EUROPA:

rebrand.ly/covid19europa (SRF)

WELTWEIT:

rebrand.ly/covid19weltweit (John Hopkins University, Baltimore, USA)

setzungen erfüllt sind, sowie die Selbsttests.

Das Testen ist kantonal organisiert; hier finden Sie die Informationen zu Ihrem Kanton: rebrand.ly/covid19testenkanton.

IMPFFEN JE NACHDEM

Seit 10. Oktober kann sich wieder jede Person ab 16 Jahren kostenlos impfen lassen. Gemäss Dokumentation des BAG und der Eidgenös-

sischen Kommission für Impffragen schützt eine Auffrischimpfung in erster Linie gut gegen einen schweren Verlauf mit Hospitalisation, wie er vor allem bei alten Menschen und solchen mit Vorerkrankungen auftritt. Der Schutz vor Ansteckung an sich ist aber gering.

Was bedeutet das für Ihren Impfscheid? Unbedingt sollten Sie zur Auffrischimpfung gehen, wenn Sie 65jährig und älter sind, eine chronische Krankheit haben oder schwanger sind. Haben Sie sich noch nie gegen Corona impfen lassen? Dann empfiehlt das BAG für gefährdete Personen zwei Impfungen, für nicht gefährdete eine. Sind Sie aber schon mehr-

MASKE AUF: Wo sich viele Menschen aufhalten – zum Beispiel im ÖV – besteht erhöhtes Infektionsrisiko. FOTO: GETTY

fach geimpft und/oder genesen, ist die Auffrischimpfung nicht dringlich. Die Impfungen sind seit 10. Oktober für alle Personen mit obligatorischer Krankenversicherung kostenlos.

Das Impfen ist kantonal organisiert; hier finden Sie die Informationen zu Ihrem Kanton: rebrand.ly/covid19impfenkanton.

ZERTIFIKAT UND COVID-APP

Mit der Swiss Covid App liess sich feststellen, ob jemand enge Kontakte zu infizierten Personen hatte. Sie ist seit Frühling 2022 inaktiv. Löschen Sie sie.

Nach wie vor in Betrieb ist aber das Covid-Zertifikat. Bewahren Sie schriftliche Zertifikate auf

bzw. lassen Sie diese App auf Ihrem Smartphone aufgeschaltet und

Die Auffrischimpfung schützt vor allem vor schweren Verläufen.

tragen Sie neue Impfungen und Genesungen darin nach. Zurzeit benötigen Sie in Europa keinen Impfnachweis mehr, jedoch unter Umständen für die Einreise in Länder anderer Kontinente. Für die Einreise in die USA ist zum Beispiel ein Impfnachweis erforderlich. Informieren Sie sich weiterhin vor einer Auslandsreise über die Einreisebestimmungen des Ziellandes.

CORONA UND ARBEIT

EINE GANZ NORMALE KRANKHEIT

SCHUTZPFLICHT. Seit dem Wegfall der besonderen Lage und den spezifischen Schutzmassnahmen ist Covid-19 rechtlich einer normalen Krankheit gleichgestellt. Die Verantwortung für Massnahmen zum Schutze der Gesundheit der Mitarbeitenden liegt also vollständig bei den Firmen.

POSITIV, ABER FIT. Haben Sie ein positives Testresultat, sind aber nicht krank, müssen Sie arbeiten gehen. Informieren Sie aber die Firma: Sie ist nach wie vor verpflichtet, die notwendigen Massnahmen zu treffen, um Ihre Arbeitskolleginnen und -kollegen vor einer Ansteckung zu schützen. Vielleicht können Sie ja im Homeoffice arbeiten – ein Anspruch darauf besteht allerdings nicht.

POSITIV UND KRANK. Sind Sie aufgrund der Krankheit arbeitsunfähig, müssen Sie ein Arztzeugnis beibringen. Ob Sie schon ab dem ersten Krankheitstag oder erst nach ein paar Tagen ein Arztzeugnis vorweisen müssen, kann je nach Arbeitsvertrag, -reglement oder Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterschiedlich sein.

BESONDERS GEFÄHRDET. Die Schutzpflicht der Firma gilt insbesondere gegenüber besonders gefährdeten Mitarbeitenden. Sie muss die möglichen Schutzmassnahmen treffen, zum Beispiel Homeoffice, die Einrichtung eines getrennten Arbeitsbereichs oder das Tragen von Masken.

LÄNGERFRISTIGE FOLGEN. Je nach Schätzung sind 10 bis 20 Prozent der Infizierten von Long Covid betroffen. Manche sind im Alltag massiv eingeschränkt und nicht mehr arbeitsfähig. Wie dann vorzugehen ist und welche Versicherungsleistungen Sie einfordern können, hat work im Frühling bereits zusammengefasst: rebrand.ly/vorgehen-longcovid. (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



PRIVATSPHÄRE: Kleine Zusatzprogramme zu Internetbrowsern verhindern, dass Ihre Web-Reisen durch Dritte beobachtet und zu Werbezwecken verwendet werden. FOTO: PD

So surfen Sie sicherer und ohne lästige Werbung

Mit den richtigen Zusatzprogrammen wird Ihr Internetbrowser sicherer und benutzerfreundlicher. Je nach Browser heissen sie «Erweiterungen» oder «Add-ons». Surfen Sie mit Firefox oder Chrome, sind folgende kostenlose Add-ons für Sie nützlich:

uBlock Origin. Die umfangreiche Erweiterung blockiert Werbung. Daneben schützt sie auch vor Datenspionen wie Trackern, die Ihr Verhalten im Internet verfolgen, und vor Internetseiten mit Schadprogrammen. Sehr empfehlenswert, um die Privatsphäre zu schützen.

I don't care about cookies. Surft man auf eine Website, erscheint meist eine Meldung zu Cookies. Es ist lästig, diese Meldung immer wieder wegwlicken zu müssen. Die Erweiterung übernimmt diese Arbeit, lehnt die Cookies ab oder erlaubt nur die absolut notwendigen.

Startpage Privatsphäre-Schutz. Die Suchmaschine Google wird am häufigsten benutzt. Doch Google sammelt alle zugänglichen persönlichen Daten und speichert sie. Eine Alternative dazu ist das Add-on Startpage. Damit sucht man zwar auch via Google – jedoch anonym. Das heisst: Google kann die Suchanfragen keiner Person zuordnen. Die Erweiterung setzt automatisch Startpage als Standard-suchmaschine fest. Zudem blockiert sie Spionage-Tracker und Cookies. Falls Websites deswegen nicht mehr normal funktionieren, können Sie die Blockade für jede Internetseite einzeln ausschalten. (MARC MAIR-NOCK)

Gute Nachricht: Die Datenkrake Google lässt sich austricksen.

Stimmung gut, Luft verschmutzt: Was Sie jetzt über Kerzen wissen sollten

Warmes Herz? Ja. Warme Füsse? Nein.

So ein Kerzenflämmchen stimmt heiter. Aber ist eine Kerze ökologisch korrekt? Kann man damit kochen? Und heizen, wenn kein Strom mehr kommt? work setzt Ihnen ein Licht auf.

MARTIN JAKOB

Wird's draussen winterlich, schiessen die Kerzenverkäufe durch die Decke. Zaubern wir doch ein bisschen Besinnlichkeit in die gute Stube! Aber, wie's halt ist, wenn man genauer hinschaut: wo Kerzenlicht ist, ist auch Schatten.

ERDÖL, PALMÖL, WACHS. Eine Kerze besteht aus dem Brennstoffmaterial und einem Docht. Der Docht ist meistens aus Baumwolle. Als Brennstoff verwenden die industriellen Her-

steller Paraffin (ein Nebenprodukt, das beim Raffinieren von Erdöl entsteht), Stearin (ein Pflanzenöl, zur Hauptsache Palmöl) oder ein Gemisch dieser Stoffe. Hinzu kommen je nachdem Farbstoffe und Duftöle. Die Kerze aus Bienenwachs ist die teure Luxusvariante und das Wachs zwar ein Naturprodukt, aber zu 99 Prozent auf langen Wegen importiert, überwiegend aus China. Die umwelttechnisch sauberste Weste haben Bio-Kerzen ohne Paraffin, die aus pflanzlichen Ölen wie Soya oder Raps hergestellt werden, aber ohne Palmöl.

TIPP Beachten Sie beim Kauf die Inhaltsstoffe und bevorzugen Sie Kerzen, die aus Ölen aus nachhaltigem Anbau (Soya, Raps, Palmöl mit entsprechendem Nachweis) hergestellt sind.

VIEL FEINSTAUB. Kerzen haben vielleicht die Stimmung. Sicher aber erhöhen sie den Schadstoffgehalt der Raumluft. Erleuchtet man mit Teelichtöfen, geringe Heizleistung, dafür Brandgefahr.

gebnisse aus dem Labor der Eidgenössischen Materialprüfungsstelle EMPA in Dübendorf: Nach einer Stunde Brennzeit liegt der Feinstaubgehalt in der Luft bei rund 35 Mikrogramm pro Kubikmeter, fast doppelt so hoch wie in der Schweizer Stadtluft. Flackert die Kerze, weil sie im Durchzug steht oder der Docht zu lang ist, liegt die Feinstaubkonzentration sogar mehr als dreimal höher als in der normal verschmutzten Stadtluft. Zudem sind die Fein-

staubpartikeln der Kerze extrem klein und leicht, halten sich deshalb lange in der Luft und können tief in die Lunge eindringen. Etwa so schädlich wie Tabakrauch, sagen die Fachleute.

TIPP Vermeiden Sie beim Abtrennen von Kerzen Zugluft, schneiden Sie den Docht auf maximal 1 Zentimeter zurück, und lüften Sie nach dem Auslöschen der Kerze.

WENIG ENERGIE. Soll man Kerzen bunkern, um im Notfall damit heizen und kochen zu können? Theoretisch ist das möglich. Kerzen geben schliesslich Wärme ab. Aber die Heizleistung ist bescheiden. Sie erreicht bei einem Teelicht etwa 40 Watt. Um einen Raum auf 20 Grad zu erwärmen, benötigen

Sie aber etwa 75 Watt – pro Quadratmeter! In einem Raum von 20 Quadratmetern wären das dann 1500 Watt oder 37,5 Teelichter. Und nach einer Stunde reissen Sie alle Fenster auf, um die Luft zu waschen.

Zwar bieten verschiedene zeitgeistige Firmen in Online-shops drei- bis sechsfache Teelichtöfen an und preisen sie als alternative Heizung. Eine mehr als punktuelle Erwärmung des Raums leisten sie aber nicht – und die Brandgefahr ist viel zu gross!

Das Kochen mit Kerzen kann gelingen – aber nur, wenn Sie viel Geduld mitbringen. Für ein Tête-à-tête mag der Teelicht-Racletteofen ja mal lustig sein. Aber für ein richtiges Geköch reicht die Heizenergie von Kerzenlicht einfach nicht aus.

RESTE VERWERTEN

SELBER GIESSEN

Statt Kerzenreste fortzuwerfen, können Sie diese sammeln und neue Kerzen daraus giessen. Achten Sie beim Kauf der Döchte darauf, die richtige Dicke zu wählen: je grösser der Kerzenumfang, desto dicker soll der Docht sein. Döchte sind in Bastel-läden und Baumärkten erhältlich, Anleitungen finden Sie im Internet. Hier jene der Firma Hongler Kerzen aus Altstätten GS: rebrand.ly/kerzenglessen.

Private Vorsorge in der Säule 3a Gut gespart

Auch in der gebundenen Vorsorge sind die Sparzinsen zurzeit tief. Dank Steuerersparnis – und zum Alterssparen – lohnt sie sich trotzdem.

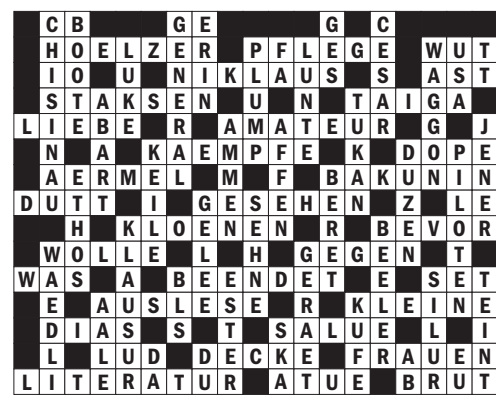
Was Sie dieses Jahr in die gebundene Vorsorge einzahlen, senkt nächstes Jahr Ihre Steuern. Als Angestellte können Sie Einzahlungen bis maximal 6883 Franken von Ihrem Einkommen abziehen. Einige Tipps, was Sie bei der Einzahlung in die 3a-Säule beachten sollten: ● Bezahlen Sie jedes Jahr etwas ein, aber nur so viel, wie Sie langfristig nicht brauchen. Denn vor Alter 60 können Sie auf dieses Geld nur zugreifen, wenn Sie damit Wohneigentum finanzieren, in die Pensionskasse einzahlen, sich selbständig machen oder auswandern.

● Tätigen Sie Einzahlungen rechtzeitig im alten Jahr – am besten vor dem 15. Dezember. ● Steigt der Kontostand auf einem Konto gegen 50'000 Franken, eröffnen Sie für die weiteren Einzahlungen ein neues Konto. So können Sie die Gelder später gestaffelt beziehen. Denn beim Bezug der gesparten Beträge wird eine Auszahlungssteuer fällig, die progressiv wächst: Beziehen Sie 100'000 Franken aufs Mal, bezahlen Sie in Aarau zum Beispiel 3500 Franken Steuern, beim Bezug von 50'000 Franken in zwei Jahren nur zweimal 1100 Franken. ● Sie können Ihr Konto 3a-Gut haben jederzeit kostenlos zu einer anderen Bank transferieren, wenn Sie dort von einem höheren Zins profitieren. Einen Zinsvergleich finden Sie hier: rebrand.ly/vorsorgezins. (jk)



**Über 9000 Ferien- und
Freizeitanbieter werden
günstiger durch Reka-
Checks: ÖV, Reisebüros,
Hotels, Restaurants,
Kinos, Tankstellen,
Freizeitparks u. v. m.
www.reka.ch**

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 17
Das Lösungswort lautete: ENERGIESPAREN



**DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo,
hat gewonnen: Bruno Morelli, Uetikon am See ZH.
Herzlichen Glückwunsch!**

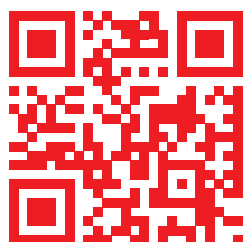
irrigie Welt-sicht	wallen, sprudeln	sehr betagt		schweiz. Bahngesellschaft		künstler. Nacktdarstellung	Ausruf	Schicht, Überzug		histor. Wurfspieß		schweiz. Filmregisseur	willenlos ergeben	Leuchtdiode	sächsl. Fürwort	Ge-sichts-farbe		internat. Autorenverband
→	▼		2			▼	▼	▼		Wettkämpfer Mz.	→		▼			▼	7	
die Protestwelle ...		Ama-teure		Schnee-gleit-bretter	→	6				Körper-organ		kleine Metall-ringe	→					Laub-baum
→	▼				helles engl. Bier		runder Griff		Tennis-doppel-paarung	→			5		elektr. geladene Teilchen		Wirt-schafts-prüfer	▼
digitale Audio-kassette	→	9		Esels-ohr (Papier)	▼	umstrit-tener Fuss-ball-WM-Ort	→					Silber-löwen		Kreuzes-inschrift	→			
Keim-zelle	→		Art e. Tons	→				10	zement-artiger Baustoff	→	Swiss... drohten mit Streik	→						
Rücken-stütze am Sitz	→				Edel-stein-gewicht	▼	Kissen-hülle	→						Speisen-beigabe		Autokz. Kanton Waadt	→	
→			knappe Unter-hosen	▼	Teile des Schlit-tens	→				sich wundern	▼		Fortset-zungs-reihe	→				
europ. Fluss	kleine Erhe-bung	Herden-tier	→				span. Volks-fest	▼	Wider-sacher Gottes	→						grosse subtrop. Beeren-frucht	▼	nicht tot
amerik. Comic-figur	→			Internet-telefon-software	▼	nord-amerik. Festun-gen	→					med.: Auswurf Mz.		Molekül-mengen-einheit	→			▼
der ... fürs Hand-werk wächst		Mutter Isaaks (AT)	▼	glattes Gewebe	→				Licht-spiel-haus	▼	Schnei-dewerk-zeug	→				11		
→						8	Winter-sportort im Kt. GL	▼	Teil des Fingers	→			1		Walliser Alpen-gipfel 4545m	▼	erste Frau Jakobs (AT)	▼
luft-förmige Materie	→			schweiz. Partei	▼	balt. Osteuro-päerin	→				dt. Vorsilbe	▼	Walliser Rotwein	→				
männl. Fürwort	→		schmale Lücke, Ritze	→				4	Atom-bau-steine	→						3		
künst-liche Licht-quelle	→					US-Pop-sängerin	→						amerik. Ethnolo-gin † 1978 (Margaret)	→				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	-----------	-----------

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach, 3000 Bern 16, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 11. November 2022**

INSERAT

Bau-Protesttage gehen weiter: Bauarbeiter kämpfen für mehr Schutz und gegen Stundenklau!



Mehr Infos:
www.unia.ch/lmv2022

Nachdem Tausende Bauarbeiter im Tessin und in der Nordwestschweiz gegen die Angriffe der Baumeister auf ihre Arbeitsbedingungen protestiert haben, gehen die Bauarbeiter nächste Woche in der Romandie und in der restlichen Deutschschweiz auf die Strasse.

**Die Bauarbeiter kämpfen für ihre Rechte.
Danke für deine Solidarität!**





WORKLESERFOTO

Herrlicher Bergblick

WANN 16. Oktober 2022
WO Interlaken
WAS Schöner Herbsttag auf der Schynigen Platte
Eingesandt von Stefan Egger, Schmitten FR

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «**Leserfoto**»

WORKPOST

21. Oktober 2022 **workwissen** 13

Neuer Dok-Film über Einführung der 2. Säule. Ex-Bundesrätin Dreifuss: **«Das war ein riesiger Fehler»**

Müssen schweizer Pensionisten von Säule 2 leben? Das Argument hat ein kritischer Dialekt. Ein weiterer Publikum.



Die Rentnerin der AHV wurde als «Blaue Kleinbahn» bezeichnet. Ursula Dreifuss war von 2003 bis 2015 Bundesrätin und Vizepräsidentin der Bundesversammlung. Sie ist heute Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für die zweite Säule.

Die Schweiz auf Drogen

Verzehrung von Drogen ist ein Problem in der Schweiz. Die Bundesregierung hat eine Studie in Auftrag gegeben, um die Situation zu untersuchen. Die Ergebnisse zeigen, dass der Konsum von Drogen in der Schweiz höher ist als in anderen Ländern.

Pensionskassen-Skandal: Liegt der Rentenplan auf Eis?

Die Pensionskassen in der Schweiz sind in eine schwierige Situation geraten. Die Bundesregierung hat eine Studie in Auftrag gegeben, um die Situation zu untersuchen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Pensionskassen in der Schweiz in eine schwierige Situation geraten sind.

Die Marktmächte von Firmen in OECD-Staaten

Die Marktmächte von Firmen in OECD-Staaten sind in eine schwierige Situation geraten. Die Bundesregierung hat eine Studie in Auftrag gegeben, um die Situation zu untersuchen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Marktmächte von Firmen in OECD-Staaten in eine schwierige Situation geraten sind.

Die Marktmächte von Firmen in OECD-Staaten

Die Marktmächte von Firmen in OECD-Staaten sind in eine schwierige Situation geraten. Die Bundesregierung hat eine Studie in Auftrag gegeben, um die Situation zu untersuchen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Marktmächte von Firmen in OECD-Staaten in eine schwierige Situation geraten sind.

hoch sein wie mein aktuelles Jahreseinkommen. So bin ich 20 Prozent meiner prognostizierten Rente los geworden, als ich mit 55 Jahren meinen Job verlor und nun einen schlechter bezahlten Job habe. Dies, obwohl ich ununterbrochen gearbeitet und keine Einzahlungslücken habe. Nachzahlen darf ich diese Lücke nicht, um meine Rente aufzubessern. Ebenso wird durch sogenannte Zusatzversicherungen der Umwandlungssatz von 6,8 Prozent umgangen und die Gesamtrente so massiv runtergedrückt. Man wird also auch durch diese Massnahmen, die in den internen AGB der Versicherer nachzulesen sind, ins Elend gedrückt. Bezeichnenderweise stehen auch immer weniger Infos auf den offiziell zugänglichen Internetseiten der Versicherer. Wie im Dokfilm gesagt wurde, ist das ursprüngliche Problem vor allem, dass man auf das Prämiensprimat wechselte und das Leistungsprimat abschaffte. Es ist wichtig zu verfolgen, wie sich das alles mit Teilpensionierungen usw. verhält, denn dort hat man anschliessend ja auch nur noch ein tieferes (Teil-)Einkommen... darüber wird bis jetzt noch gar nicht gesprochen.

ANNELIES MEIER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 17 / 21.10.2022:
DAS FUSSBALLFEST IM SKLAVENSTAAT
Falsches Bild von Katar

Leider verbreitet die Kolumne von Jean Ziegler falsche Vorstellungen über die Situation der Bauarbeiter in Katar. Die Internationale der Bau-und-Holzarbeiter-Gewerkschaften, der auch die Unia angehört, hat sich seit der Vergabe der WM an Katar dafür eingesetzt, die Situation der Bauarbeiter in Katar zu verbessern, und hat sehr grosse Erfolge erzielt. Insbesondere auf den Stadionbaustellen war die Sicherheit gut. Es hat weniger tödliche und schwere Unfälle gegeben als auf Schweizer Baustellen. Ich habe selbst an Inspektionen, auch der Unterkünfte der Stadionarbeiter, teilgenommen. Ich habe auch mit zahlreichen Arbeitern gesprochen und kann bezeugen, dass sich ihre Situation dank dem Einsatz der

Gewerkschaften wesentlich verbessert hat. Die grösste Sorge der Arbeiter auf den Stadionbaustellen im letzten Herbst bestand darin, weiter in Katar arbeiten zu können, nachdem die Fussballstadien fertig gebaut sind. Die Todesfallzahlen werden immer wieder in einen falschen Zusammenhang gebracht, auch von Jean Ziegler. Die 6500 toten Arbeiter beziehen sich auf 10 Jahre (also 650 Tote pro Jahr) und 1,4 Mio Arbeiter aus den Ländern, welche die Todesfallzahlen gemeldet haben. Das sind nicht Arbeiter, die bei Bauarbeiten gestorben sind, wie Ziegler schreibt. Die allermeisten sind an Krankheiten und bei Verkehrsunfällen gestorben.

RITA SCHIAVI, EX-UNIA-GESCHÄFTSLEITUNGSMITGLIED, PER MAIL

WM mit Schweizer Kriegsmaterial

Der Bundesrat hat den Export von Munition nach Katar bewilligt. 6000 Schuss 27-Millimeter-Munition für die Bordkanonen des Kampfflugs Eurofighter. Im ersten Halbjahr 2022 war Katar auch der wichtigste Abnehmer von Kriegsmaterial aus der Schweiz. Für 117,5 Millionen Franken Kriegsmaterial wurde an dieses Regime im Pulverfass des Nahen Ostens geliefert. Katar war bis 2017 am Krieg in Jemen beteiligt und soll in den letzten Jahren auch radikalislamische Gruppen sowie Terrororganisationen unterstützt haben. Millionen sollen von Privatpersonen aus Katar zum Islamischen Staat und zu al-Kaida geflossen sein. Auch Saudiarabien unterstützte diese extremistischen Gruppierungen. Mit dem aus der Schweiz gelieferten Kriegsgerät sollen sicher auch die Fussballweltmeisterschaften geschützt werden, die vom 20. November bis zum 18. Dezember 2022 in Katar stattfinden.

HEINRICH FREI, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@workzeitung.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16





**THOMAS ENGLER
RAUF UND
RUNTER**

Ganz ohne Strom kommt Thomas Engler beim Biken aus. «Auf ein Elektrovelo steige ich nicht vor 60 Jahren», sagt er lachend. Bis dahin strampelt er mit seinen eigenen Beinen die Berge hoch. Am liebsten mag der sportliche Glarner kurvige, steile Strecken, die ihn etwas herausfordern. «Wer wie ich im Tal aufgewachsen ist, nutzt die Möglichkeiten der wunderbaren Natur hier.»

AUF TRAB. Ist er nicht auf dem Bike oder auf dem Snowboard, kümmert er sich um seine kleine Familie. Seine Kinder sind anderthalb und drei Jahre alt – und halten ihn auf Trab. Dank der gleitenden Arbeitszeiten übernimmt er auch mal einen Arztbesuch. Oder geht mit den Kindern einkaufen.



Thomas Engler (34) arbeitet unter Tag in einem riesigen Labyrinth an der Stromversorgung der Zukunft

«Ein Traum für Tech-Freaks»

Im Pumpkraftwerk Limmern schaut Thomas Engler, dass die Turbinen drehen, die Generatoren pumpen und die Maschinen laufen. Ein Besuch dort, wo der unsichtbare Strom sichtbar wird.

SARAH FORRER | FOTOS NICOLAS ZONVI

Eine unscheinbare rote Tür trennt zwei Welten. Draussen, eingekesselt von steilen Felswänden, liegt der kleine Weiler Tierfehd. Das Ende des Glarner Hinterlandes. Im Winter kriechen die Sonnenstrahlen kaum über den Tödi. Kühe grasen friedlich. Kein Mensch weit und breit. Die Uhren scheinen hier stehengeblieben zu sein. Ganz anders im Innern des Berges. Auf der anderen Seite der Türe. Dort präsentiert sich die Zukunft der nachhaltigen Stromversorgung: das grösste Pumpspeicherwerk der Schweiz. Ein riesiges Labyrinth aus dunklen Stollen, endlosen Gängen, zwei Stauseen und riesigen Maschinen. Seit sechs Jahren ist die Anlage der Axpo in Betrieb. Anlagentechniker Thomas Engler (34) sagt: «Es ist ein grosser Spielplatz für Technik-Freaks.»

Seine Augen leuchten vor Freude und wenn er über seinen Alltag spricht. Seinen Alltag unter Tag. Seinen Alltag unter Strom. «Schon als Kind hat mich Energie fasziniert. Nach der Lehre als Elektriker war für mich deshalb klar: Ich bilde mich auf dem Gebiet weiter»,

erzählt er in der Standseilbahn, die vier Kilometer weit und 900 Meter hoch in den Berg fährt. Seit neun Jahren arbeitet er hier als Anlagentechniker. Sein Traumjob, wie er sagt.

HERZSTÜCK. Die Bahn hält. Engler steigt aus und läuft die schier endlosen Gänge entlang. Tür auf. Tür zu. Um die Ecke. Bis zur Kavernenzentrale. Dem Herzstück des Betriebs. In der 50 Meter hohen und 150 Meter langen Halle pflanzen sich vier riesige Generatoren in den Beton. Allein die darin enthaltenen Rotoren wiegen je 330 Tonnen. So viel wie acht voll beladene Lastwagen.

Thomas Engler war beim Aufbau der Anlage vor sechs Jahren mit dabei. Ein Knochenjob, wie er sagt. Kombiniert mit präziser Handarbeit. «Die Maschinen sind hochspezialisiert. Entsprechend sensibel reagieren sie.» Engler vergleicht es mit Handys. Die ersten Nokias waren unverwundlich und hielten zehn Jahre. Heute sind sie zwar hochentwickelt, aber kurzlebig und anfällig für Mängel.

Damit alles reibungslos läuft, überwacht Engler mit seinem Team die Maschinen rund um die Uhr. Sieben Tage die Woche. Immer wieder rückt der Glarner auch in der Nacht aus. Das erste Mal fand er die Fahrt rein in den Berg noch unheimlich. Mittlerweile hat er sich daran gewöhnt. Oft sind es kleine Sachen, die den Alarm auslösen. Ein

Sensor, der ausgewechselt werden muss. Oder zu starke Temperaturschwankungen, welche die Maschinen und damit den Stromfluss beeinflussen.

«Das Stromnetz muss stabil bei 50 Hertz laufen. Also Angebot und Nachfrage müssen sich die Waage halten. Sonst gibt's Probleme. Bis hin zum Blackout», erklärt Engler. Ein grosser Vorteil der Pumpspeichieranlage ist die Flexibilität: Je nach Bedarf kann Strom produziert oder gespeichert werden. Wird beispielsweise in der Nacht wenig Strom gebraucht, pumpen die Generatoren Wasser vom Limmernsee in den höher gelegenen Muttsee. Sie brauchen also überschüssigen Strom, um den Stausee zu füllen. Steigt die Nachfrage gegen Mittag, wenn die Herdplatten laufen und die Fabriken glühen, schalten die Maschinen um und lassen das Wasser ab. So wird das Netz mit Energie gespeist.

PUZZLESTÜCK. Dieser Puffer ist Gold wert – vor allem in Zeiten der Sonnen- und Windenergie. Denn diese sind alles andere als beständig. Zur Veranschaulichung öffnet Thomas Engler einen Bildschirm, der in die Wand eingelassen ist. Eine Grafik ploppt auf. Sie zeigt die Leistungskurve der Photovoltaikanlagen auf den Stauseemauern. Diese schwankt wild rauf und runter. «An sonnigen Tagen speisen sie viel Strom ein. In der Nacht null», erklärt Engler. «Wollen wir die Energiewende schaffen, sind Pumpanlagen ein sehr wichtiges Puzzlestück.»

Der Glarner läuft weiter, ein Stockwerk runter, einen Gang weiter, und öffnet eine dicke Tür. Lärm schlägt einem entgegen. Der Boden vibriert. Die riesige Turbine dreht. Insgesamt werden hier im Berg rund 1000 Megawatt Strom produziert. Das entspricht der Leistung eines Kernkraftwerks. Diese Energie hat sich die Axpo einiges kosten lassen. 2,1 Milliarden Franken, um genau zu sein. Viel Geld. Das wieder reingespült werden muss. Diesen Druck spürt auch Thomas Eng-

WORK-SERIE



Sie schaffen die Energiewende

Teures Gas, knapper Strom und eine Klimakrise, die sich immer deutlicher zeigt: Das Thema Energie bewegt die Schweiz wie schon lange nicht mehr. work richtet ab heute den Blick auf die Búezerinnen und Búezer, die bereits jetzt an der Energiewende arbeiten. Mit einer «worktag»-Serie. Rund um sauberen Strom und konkreten Klimaschutz.

ler ab und an. Steigt eine der Maschinen zur Spitzenzeit aus, klingelt sein Handy alle paar Minuten. Die Leitstelle will wissen, wann die Produktion weitergeht. Stressen lässt sich der Familienvater nicht. «Das Wichtigste in meinem Job ist, ruhig Blut zu bewahren.» Denn jeder Fehler kann Folgen haben. Tödliche gar. Mit Strom ist nicht zu spassen, unter Tag erst recht nicht. Oberstes Gebot hat die Sicherheit. «Wir reparieren die Maschinen immer zu zweit. Vier Augen sehen mehr als zwei.»

Der Glarner blickt auf die Uhr. Um 11 fährt die Bahn. Und was sagt er zu den aktuellen Schlagzeilen: Ist er auf einen Blackout vorbereitet? «Wir haben eine Dose Ravioli im Keller», sagt er lachend, um dann ernst zu werden. Wenn es eng wird, heisst dies für ihn: Viel Arbeit. Er wird mithelfen, den Strom wieder hochzufahren. Etwas Gutes gewinnt er der Situation ab: «Das Bewusstsein hat sich verändert. Strom ist nicht mehr so selbstverständlich.» Die Bahn hält im Tal. Engler drückt den Knopf. Die rote Tür öffnet sich. Draussen regnet es in Strömen.



IM HERZEN DER MEGA-MASCHINE: Techniker Engler hat schon beim Bau des Kraftwerks vor sechs Jahren mitgearbeitet.



Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031.350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch
Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Hans Baumann, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Sarah Forrer, Niklas Franzen, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jalliy (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch
Anzeigenmarketing Fabienne Jalliy, Telefon 031.350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.